

1. Aufgaben, Merkmale und Ziele der angewandten Ethik

Christian Schicha

Aus: Christian Schicha (Hrsg.): Kriterien einer nachhaltigen Wirtschaftsethik. Kommunikation im Spannungsfeld zwischen Ökonomie und Ökologie. Duisburg 2000, S. 3-26

1.1 Einleitung

Die angewandte Ethik oder Moralphilosophie wird als eine Disziplin verstanden, die sich im Verständnis einer "Krisenreflexion" (Riedel 1979) bei moralischen Entscheidungsproblemen mit Normen, Werten und Grundorientierungen des Menschen auseinandersetzt. Sie fungiert als Theorie des richtigen Handelns, entwickelt Kriterien und vermittelt eine Handlungsorientierung in moralisch relevanten Entscheidungssituationen und dient letztlich der Handlungskoordination im Umgang mit anderen Menschen.

Die normative Ethik erfüllt die Funktion, Prinzipien des moralisch (sittlich) richtigen und Guten zu ermitteln. Sie ist eine Theorie, die Normen aufstellt, die an Handlungen gebunden sind. Handlungsnormen beziehen sich auf Werte, die sich an gesellschaftlichen Wertvorstellungen orientieren und nicht die Aufgabe besitzen "absolute Wahrheiten" aufzustellen.

Eine Unterscheidung zwischen "Ethik" und "Moral" wird in der Literatur nicht durchgängig vorgenommen. Im Verständnis dieses Bandes soll "Ethik" die gleiche Bedeutung wie "Moralphilosophie" einnehmen. Die Bezeichnung "Ethik" steht demzufolge ausschließlich für die philosophische Wissenschaft vom moralischen und sittlichen Handeln des Menschen.

Moral bezieht sich auf das Tun oder Unterlassen von Handlungen; eine Handlung sollte nur dann ausgeführt werden, wenn sie "gut" oder erstrebenswert ist und dann unterlassen werden, wenn sie schlecht oder "böse" ist (vgl. Molitor 1989, S. 10). Sofern eine moralische Handlung oder Unterlassung auf andere Menschen gerichtet ist, handelt es sich um eine Sozialmoral, wogegen die Moral bei Fragen des Tuns oder Unterlassens gegen sich selbst, als Individualmoral bezeichnet wird (vgl. Rebstock 1988, S. 34).

Die Ethik bezieht sich aufgrund ihrer Praxisorientierung immer auf Handlungen bzw. Unterlassungen einer Person oder Personengruppe.

Frankena (1986⁴) betont den in der Regel auftretenden Sozialbezug der moralischen Regeln. Zum einen bildet die Moral ein System, das die Beziehungen der gesellschaftlichen Individuen untereinander regeln soll. Zum anderen ist sie ein gesamtgesellschaftliches Instrument, das Forderungen an den einzelnen oder die Gruppe heranträgt (vgl. ebd., S. 25).

Bei der Moralbegründung gelten nach Hoerster (1980) folgende Regeln:

- Der Urteilende muß sich bei der Bildung und Begründung seines Urteils in einem emotionslosen Zustand befinden.
- Das Urteil muß begrifflich klar formuliert werden.
- Der Urteilende sollte Kenntnis aller relevanten Umstände für die Bildung des Urteils erhalten, um daraufhin Handlungsalternativen entwickeln zu können.
- Sein Urteil muß in allen Fällen angewendet werden, die vergleichbare relevante Faktoren aufweisen (vgl. ebd., S. 195f.).

Die Ethik reflektiert ihre Formen und Prinzipien ohne Berufung auf politische und religiöse Autoritäten oder in Bezug auf althergebrachte Gewohnheiten. Tugendhat (1984) lehnt daher eine autoritäre, etwa "gottgegebene" Moral ab; er fordert eine "rationale Moral", der dann zuzustimmen ist, wenn sie "gleichermaßen gut für alle ist" (vgl. ebd., 1984, S. 94f.).

Ethische Aussagen orientieren sich am guten und gerechten Handeln und sind begründungsbedürftig (vgl. Höffe 1986³, S. 54). Diese Begründungen lassen sich weder im

Alltag noch auf der als normativ-ethischen Ebene der Moralphilosophie in demselben Maße wissenschaftlich nachvollziehen wie die Urteile der logisch-mathematischen oder empirischen Wissenschaften. In diesem Sinne gibt es in der Ethik keine "objektiven Werte" (Mackie 1981, S. 131). Moralische Werte besitzen nur eine intersubjektive Gültigkeit.

Die normative Ethik erfüllt die Funktion, Prinzipien des moralisch (sittlich) Richtigen und Guten zu ermitteln. Sie ist eine Theorie, die Normen aufstellt, die an Handlungen gebunden sind (vgl. Birnbacher/Hoerster (Hg.) 1984⁵, S. 10). Daneben beschäftigt sich die deskriptive Ethik mit der Frage, welche moralischen Überzeugungen den Menschen zugrundeliegen, während sich die Metaethik mit den Methodenfragen der normativen Ethik und der Bedeutung moralischer Ausdrücke auseinandersetzt. "Das Verhältnis der normativen Ethik zur Metaethik entspricht in etwa dem Verhältnis der Einzelwissenschaft zur Wissenschaftstheorie" (vgl. Nida-Rümelin 1990², S. 85).

Normen gelten als Zielvorstellungen oder "Richtschnur des Handelns" (Pelgrom de Haas 1989, S. 25). Für die ethischen Normen gilt dabei das Prinzip der Allgemeingültigkeit (Universalisierung, das unabhängig von speziellen Situationen, Religionen oder Zeiträumen einen allgemeine Gültigkeit besitzen sollte).

Dabei wird nicht nur die universale Geltung, sondern auch ihre universale Anerkennung vorausgesetzt. Moralische Aussagen besitzen dann universale Geltung, wenn sie für alle Menschen gelten, die unter vergleichbaren Voraussetzungen und in vergleichbaren Situationen handeln (vgl. Rebstock 1988, S. 36).

Moralischen Normen wird eine "Sollensforderung" zugrundegelegt. Sie beziehen sich daher immer auf zukünftige Handlungen oder Zustände. Moralische Werturteile hingegen können sich jedoch auch auf die Vergangenheit oder Gegenwart beziehen (vgl. Birnbacher 1988, S. 93).

Handlungsnormen beziehen sich in der Ethik stets auf Werte, die jedoch keine absoluten Wahrheiten aufstellen, sondern sich an den gesellschaftlichen Wertvorstellungen orientieren. Daher ist die Existenz der Werte immer davon abhängig, ob sie erkannt und gefordert werden, sie sind nicht "a priori" gegeben. Welche Werte tatsächlich gesellschaftlich relevant sind, hängt von ihrer subjektiven Geltung der Personen oder Personengruppen ab.

Während Werte nur eine Orientierung für das menschliche Zusammenleben sein können, stehen Normen in einem direkten Handlungsbezug. Da Normen und Werte in unterschiedlichen gesellschaftlichen Kontexten nicht nur unterschiedliche Ausprägungen besitzen, sondern sich auch innerhalb einer gesellschaftlichen Gruppe aufgrund neuer Erkenntnisse wandeln können, müssen moralische Urteile aufgrund neuer Argumente revidiert werden können.

1.2 Theoriekonzepte

In der Ethik gibt es eine Reihe von unterschiedlichen Ansätzen, die den Anspruch erheben, die Moral mit ihrem Normensystem ausfüllen zu können. Im folgenden werden einige Ansätze in ihren Grundzügen dargestellt.

1.2.1 Utilitarismus

Der Utilitarismus entstand im englischsprachigen Raum gegen Ende des 18. Jahrhunderts. Seine maßgeblichen Vertreter sind Mill (1806-1873) und Bentham (1748-1832). Dem utilitaristischen Prinzip zufolge sind Handlungen und ihre Regeln ausschließlich anhand der entstehenden Folgen zu bewerten. Als Grundlage der moralischen Beurteilung dient der Faktor der gesamtgesellschaftlichen Nutzenmaximierung. Die entscheidende Regel des

Utilitarismus besagt, daß eine Handlung oder Handlungsregel nur dann moralisch richtig ist, wenn das Wohl aller Betroffenen in die Beurteilung einbezogen wird.

Bei unterschiedlichen Handlungsalternativen soll das kollektive Wohlergehen nach dem Prinzip der Nützlichkeit beurteilt werden.

Das Ziel des Utilitarismus besteht darin, das Glück oder die Interessenbefriedigung des Kollektivs zu fördern.

Zwei Formen des Utilitarismus lassen sich unterscheiden: Während der Handlungsutilitarist die Auffassung vertritt, man solle das, was richtig oder pflichtgemäß ist, ausschließlich aufgrund der zu erwartenden Folgen unter dem Aspekt der Nützlichkeit prüfen, hält sich der Regelutilitarist streng an eine einmal vorgefaßte Regel (vgl. Frankena 1986⁴, S. 54ff.). So kann die Maxime, immer die Wahrheit zu sagen, im allgemeinen zutreffen. Der Handlungsutilitarist prüft jedoch den Einzelfall und kommt gegebenenfalls zum entgegengesetzten Ergebnis, während der Regelutilitarist sich immer an die Regeln hält, auch wenn die Konsequenzen der Regelbefolgung im konkreten Fall negativ sind.

Der Utilitarismus kann als die das Wirtschaftsleben dominierende Richtung betrachtet werden. Die Knappheit der Ressourcen ist ein Ansatzpunkt dieser Nutzenethik. Da die Ressourcen nicht für die Bedürfnisse und Wünsche aller Menschen ausreichen, müssen sie so eingesetzt werden, daß das kollektive Wohlergehen aller optimal befriedigt wird (vgl. Dyllik 1989, S. 215).

1.2.2 Gerechtigkeitsethik

In der Moralphilosophie sind immer wieder idealtypische Modelle von Unparteilichkeit entwickelt worden, um ethische Positionen gegen partikuläre Ansätze und Einstellungen zu stützen und Unparteilichkeit zu gewährleisten (vgl. Sturmka 1992).

Der spezifische Ansatz von Rawls wählt dabei ein Begründungsverfahren moralischer Normen nach dem Kriterium der Übereinkunft.

Seine Ausgangsfrage besteht darin, in welcher Gesellschaftsform vernünftige Menschen leben wollen. Die Theorie der Gerechtigkeit ist als Vertragstheorie mit Hilfe einer hypothetischen Konstruktion entwickelt worden, um eine allgemeine Zustimmungsfähigkeit zu fundamentalen normativen Gültigkeitskriterien zu erreichen.

Der utilitaristische Ansatz wird von Rawls (1979), dem maßgeblichen Vertreter der Gerechtigkeitsethik kritisiert, indem er darauf hinweist, daß das utilitaristische Prinzip die Gewinn- und Verlustrechnung über eine große Anzahl von Menschen anstellt, ohne die Präferenzen des einzelnen angemessen zu berücksichtigen. Der Utilitarismus begeht seiner Ansicht nach den Fehler, die verschiedenartigen Bedürfnisse der einzelnen Individuen nicht ernstzunehmen (vgl. ebd., S. 45).

Die Gerechtigkeit stellt für Rawls eine Tugend sozialer Institutionen wie der Verfassung und der wichtigsten wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse dar. Unter Gesellschaft versteht er eine "Kooperation zum wechselseitigen Vorteil" (ebd., S. 23), die sich mit der Verteilung von Rechten, Pflichten und Gütern bei gleichzeitig vorliegenden Interessenskonflikten auseinander zusetzen hat. Das Kernelement seiner "Theorie der Gerechtigkeit" wird durch das Modell eines gesellschaftlichen "Urzustandes" (ebd., S. 28) entwickelt, bei dem niemand seine Rasse, Klasse, Charakter, Fähigkeiten und gesellschaftliche Stellung kennt und daher keine Vor- oder Nachteile zu erwarten hat. In der Modellvorstellung des Urzustandes herrschen absolut gerechte Verhältnisse. Gesellschaftliche Kräfteverhältnisse sind ebenso wenig vorhanden wie willkürliche Entscheidungen. Die im Urzustand getroffenen Vereinbarungen sind daher fair (vgl. Rawls 1979, S. 142).

Die Prinzipien, die diese Gesellschaft für ihr Zusammenleben wählen würde, bezeichnet er als "Theorie der Gerechtigkeit als Fairneß" (ebd.), da jeder Beteiligte sich hinter dem "Schleier

des Nichtwissens" (ebd., S. 29) befindet und daher seine eigenen egoistischen Motive nicht kennt.

Rawls geht in seinem Modell davon aus, daß die Menschen im Urzustand die gleichen Rechte haben, Argumente vorzuschlagen, deren Annahme oder Ablehnung dann einstimmig beschlossen wird. Aufgrund veränderter Erkenntnisse sind die im "Urzustand" getroffenen Entscheidungen reversibel und können neuen Gegebenheiten angepaßt werden.

Ein wesentlicher Faktor der Rawlschen Theorie liegt im Grundsatz der Verteilungsgerechtigkeit.

Zudem sollen diejenigen, die am schlechtesten gestellt sind, den größtmöglichen Vorteil an Einkommen und Vermögen erzielen. Die Gerechtigkeitsprinzipien müssen allgemein und universell anwendbar sein, zudem öffentliche Ansprüche regeln und als letzte Berufungsinstanzen bei konfligierenden Ansprüchen gelten.

In der Praxis existieren Interessenskonflikte und konkurrierende Ansprüche bei der Verteilung gesellschaftlich knapper Güter. Insofern sind konfliktregulierende Normen und Verfahren erforderlich, um eine Verteilungsordnung für Freiheiten, natürliche Ressourcen und gesellschaftliche Güter zu gewährleisten. Rawls zufolge können Vergesellschaftungsverhältnisse nur im Rahmen einer vom Menschen selbst ersonnenen künstlichen Ordnung gewährleistet werden. Er bezeichnet diese Gründe als "die Anwendungsverhältnisse der Gerechtigkeit".

Rawls formuliert in seiner auf Überlegung basierenden Konzeption natürliche positive Pflichten in Form der Wahrung der Gerechtigkeit, gegenseitiger Hilfe und gegenseitiger Achtung. Zugleich werden Pflichten der Nichtschädigung formuliert.

Seine Grundidee liegt darin, daß gerechte und objektiv verbindlich Prinzipien der Gerechtigkeit identisch sind mit den Prinzipien, die freie und rationale Personen wählen würden, sofern sie in einen ursprünglichen Zustand der Gleichheit versetzt würden und die Aufgabe bekämen, die Form, die Grundstruktur und die fundamentalen alle Folgegesetze bindenden Normen ihrer zukünftigen Gesellschaft zu bestimmen. Die Aufgabe einer Gerechtigkeitstheorie liegt darin, die Voraussetzungen eine gerechte Verteilung herauszuarbeiten und darüber hinaus eine Rechtfertigung entsprechender Grundsätze zu entwickeln.

Der Urzustand symbolisiert eine intuitive Vorstellung von Gerechtigkeit und setzt vernünftige Lebenspartner voraus, die über einen Gerechtigkeitssinn verfügen.

Der Schleier der Unwissenheit gilt als metaphorische Ausdruck eines Informationsdefizit. Hierbei werden genau die Eigenschaften in Form unterschiedlicher Voraussetzungen und Machtverhältnisse ausgeblendet, die bei politischen Prozessen in der Praxis zugrunde gelegt werden müssen. Hinter dem Schleier des Nichtwissens verbirgt sich ein spezifisches "Entindividualisierungsverfahren", durch das partikuläre Einzelinteressen in Form von Egoismus, Myopie oder Zeitpräferenz ausgeblendet werden (vgl. Sturmka 1992). Der erweiterter Schleier der Unwissenheit setzt voraus, daß nicht nur sozioökonomische Position unbekannt ist, sondern auch der zeitliche und sozialer Ort, an dem sich die beteiligten Akteure befinden. Alle für eine Strategie konkreter Vorteilssuche notwendigen Informationen sollen kognitiv unzugänglich gemacht werden, um Ungerechtigkeiten zu vermeiden.

Insofern sind Einzeltatsachen der Individuen verborgen, da niemand seine Klasse, die Schichtzugehörigkeit sowie die Vorstellung vom Guten kennt. Des weiteren liegen keine spezifischen Informationen über die natürliche Umwelt, die Bevölkerungsdichte, den Wohlstand sowie technologische Errungenschaften vor. Menschen wissen im Urzustand nichts über natürliche, psychische, moralische und soziale Eigenschaften. Was sie wissen sind allgemeine Tatsachen. Niemand kann seine eigene Intelligenz, Körperkraft, Gesundheit und psychische Besonderheiten einschätzen; er weiß nicht, zu welcher Generation er angehört.

Somit würden voraussichtlich Idealbedingungen einer konstanten Umweltqualität gewählt, die eine Schonung der Ressourcen gewährleisten würden.

Nur aufgrund dieser im Gedankenexperiments gesetzten Voraussetzungen würden in einer hypothetischen Situation die Prinzipien vermieden, die individuelle und klassenspezifische Präferenzen zuließen. Die Gerechtigkeitsprinzipien würden ansonsten egoistischen Präferenzen weichen. Rawls bezeichnet die Zeitpräferenz als Quelle der Ungerechtigkeit. Es geht ihm darum, die Zeitpräferenz gerechtigkeitsrechtlich zu neutralisieren, um ein Verteilungsprinzip zu finden, daß die Nachkommen vom Nachteilsautomatismus befreit. Durch diese Konstruktion werden zudem vermeintliche und faktische Sachzwänge in der Praxis ausgeklammert. Da diese in der Praxis auftretenden Einschränkungen in dem Modell ausgeschaltet werden, können tragfähige Aussagen entwickelt werden, die sich an Gerechtigkeitskriterien orientieren.

Der Schleier des Nichtwissens läßt dennoch Raum für die Kenntnis grundlegender sozialer und psychologische Zusammenhänge sowie Tatsachen, die zur Fundierung von Gerechtigkeitsgrundsätzen erforderlich sind. Jeder Akteur besitzt, analog zu einem diskursethischen Verfahren, das gleiche Recht Vorschläge zu machen sowie Argumente und Gründe innerhalb der Debatte einzubringen.

Sogenannte Grundsätze einer Gerechtigkeit als Fairneß sind also in einer fairen Ausgangsposition auszuhandeln. Dabei wird vorausgesetzt, daß nur diejenige Grundordnung gerecht ist, auf die sich ihre Teilnehmer unter fairen Bedingungen im Urzustand geeinigt hätten. Es handelt sich um Prinzipien, auf die sich gleiche, freie und rationale aneinander interessierte und hinsichtlich ihrer je individuellen Fähigkeiten, Neigungen, Interessen und gesellschaftliche Position und Lebensaussichten unwissende Menschen einigen würden.

Rawls differenziert in seiner Konzeption zwischen der formalen Gerechtigkeit und der Verteilungsgerechtigkeit. Während die formale Gerechtigkeit auf dem Gleichheitsgrundsatz basiert, motiviert der Grundsatz der Verteilungsgerechtigkeit zur Folgenabschätzung, zur Güterabwägung und zur Berücksichtigung aller möglichen Betroffenen. Aufgrund dieser Voraussetzungen sind Kosten, Nutzen und Risiken adäquat zu beurteilen und zu verteilen. Aus diesen Überlegungen ergibt sich eine Gleichbehandlung in vergleichbaren Fällen und die Fairneß gegenüber den Schwachen und Benachteiligten.

Setzt man das skizzierte Modell voraus, so würden sich, so Rawls, bei freien und vernünftigen Menschen soziale Gerechtigkeitsgrundsätze einer gesellschaftlichen Grundstruktur bestimmen lassen. Aufgrund der skizzierten Bedingungen würden sich zwei Prinzipien für ein menschliches Zusammenleben ergeben, die als allgemeine faire Bedingungen und als Organisation einer Gesellschaft anerkannt werden. Das Freiheitsprinzip setzt voraus, daß jedes Individuum die gleichen Rechte an maximaler persönlicher Freiheit besitzen sollen, sofern sie nicht mit der ebenso weitgehenden Freiheit anderer unvereinbar sind. Soziale und ökonomische Ungleichheiten sind, dem Differenzprinzip zufolge, nur dann gerechtfertigt, wenn diese zum Vorteil aller Mitglieder in der Gesellschaft existieren. Soziale und ökonomische Ungleichheiten müssen zum größten Vorteil der am wenigsten begünstigten Gesellschaftsmitglieder dienen.

Aus dieser Konzeption der Gerechtigkeitsgrundsätze würde sich die Forderung nach einer gerechten Umverteilung gesellschaftlicher Güter wie Vermögen oder Einfluß im inter- und intratemporalen Kontext ergeben.

1.2.3 Maximenethik

Die Maximenethik wurde maßgeblich von Kant (1724-1804) geprägt. Diese Richtung wird auch als deontologische Ethik (Pflichtethik) bezeichnet.

Er vertrat die Ansicht, daß die moralischen Rechte und Pflichten des Menschen aufgrund seiner Fähigkeit zur Vernunft begründet werden können und sich daher nicht den Gesetzmäßigkeiten der Natur unterzuordnen brauchen. Somit kann der Mensch seine eigenen

Regeln autonom entwickeln. Nutzenerwägungen wie im Utilitarismus finden in der Moralbegründung von Kant keine Verwendung. Die erste Formulierung seines kategorischen Imperatives lautet:

"Handle nur nach derjenigen Maxime, durch die du zugleich wollen kannst, dass sie ein allgemeines Gesetz werde" (Kant, 1961, S. 68).

Unter den Maximen des Handelns versteht Kant die inneren Willensgrundsätze des Menschen, die ein normatives Leitbild für den Handelnden zum Ausdruck bringen.

Für Kant stellte diese Maxime die notwendige und hinreichende Bedingung dafür dar, nach welchem Maßstab die Menschen zu leben haben. Entscheidend sind nicht die Folgen der Handlung wie beim Utilitarismus oder die Handlungen selber, ausschlaggebend sind vielmehr die Gründe des Handelns. Moralische Maximen werden von Kant nur dann anerkannt, wenn sie den Bedingungen der Reversibilität und Verallgemeinerbarkeit entsprechen. Die Bedingung der Reversibilität verlangt, daß der Handelnde die eigenen Maximen auch auf sich selbst anwendet, während durch die Bedingung der Verallgemeinerbarkeit gefordert wird, daß die eigenen Maximen auch von allen anderen befolgt werden müssen.

Durch diese Maxime wird zum Ausdruck gebracht, daß Menschen nicht nur als Mittel eigener Interessen gesehen werden sollen, sondern als autonome Personen behandelt werden sollten, deren Freiheit zu achten ist. Welche Eigenschaften und Verhaltensweisen schließlich Maßstab für moralisches Handeln sind, obliegt allein der Beurteilung des moralischen Individuums, das durch ein "Gedankenexperiment" zu einer Entscheidung gelangt. Diese "monologische" Konzeption reicht Habermas zu einer adäquaten Moralbegründung nicht aus. Sein im folgenden dargestellter Ansatz präferiert den Dialog auf einer diskursethischen Ebene. Im Unterschied zur reinen Pflichtenethik Kants sind für die Diskursethik auch die menschlichen Bedürfnisse ethisch relevant.

1.2.4 Diskursethik

Habermas versucht, die Grundbedingungen menschlicher Verständigungsprozesse zu erklären. Unter Verständigung versteht Habermas die "auf gültiges Einverständnis abzielende Kommunikation" (Habermas 1985³, S. 525).

Dabei geht es ihm darum, universale (d.h. elementare) Bedingungen einer möglichen Verständigung zu identifizieren und nachzukonstruieren" (vgl. Habermas 1976, S. 174).

Er unterscheidet drei Formen menschlichen Handelns:

- Dabei vollzieht sich zweckrationales Handeln erfolgsorientiert und hat eine strategische Komponente.
- Das instrumentelle Handeln bezieht sich hingegen auf technische Handlungsregeln (vgl. Habermas 1985³, S. 385).
- Das kommunikative Handeln zeichnet sich durch eine Verständigungsorientierung aus, deren Ziel ein "Einverständnis" (vgl. Habermas 1985³, S. 387) darstellt.

Habermas geht davon aus, daß jeder kommunikativ Handelnde Kenntnisse über die Regeln eines Verständigungsprozesses besitzt, die einen universalen Gültigkeitsanspruch beinhalten. Nur die Handlungen sind kommunikativ, "in denen die Beteiligten ihre Handlungspläne einvernehmlich koordinieren; dabei bemißt sich das jeweils erzielte Einverständnis an der intersubjektiven Anerkennung von Geltungsansprüchen" (Habermas 1983, S. 68).

Diese Ansprüche umfassen die Komponenten Wahrheit, Wahrhaftigkeit und Richtigkeit (vgl. ebd., S. 149). Die Befolgung der "Wahrheit" bedeutet, daß über etwas gesprochen wird, von

dessen Existenz derjenige, der etwas behauptet, überzeugt ist, während das Postulat der "Wahrhaftigkeit" verlangt, daß die tatsächlichen Absichten auch mitgeteilt werden und der Kommunikationspartner nicht getäuscht wird. Durch die "Richtigkeit" einer Äußerung soll erreicht werden, daß sie vor dem Hintergrund anerkannter Normen und Werte akzeptiert werden kann.

Eine notwendige Bedingung zur Verständigung kann nur auf der Basis dieser drei Geltungsansprüche erreicht werden.

Um eine Verständigung zu ermöglichen, wird die Anwendung von Gewalt, strategischem Handeln oder der Abbruch der Kommunikation abgelehnt. Darunter ist zu verstehen, daß jeder die gleichen Rechte hat, Argumente vorzuschlagen, deren Annahme oder Ablehnung dann einstimmig beschlossen wird. Das zu erreichende Einverständnis beruht auf Einsichten, die ohne Überredung nur durch eine schlüssige Argumentation erzielt werden sollen. In den kommunikativen Handlungen werden die Handlungspläne der Teilnehmer mit dem Ziel der wechselseitigen Verständigung koordiniert. .

Habermas führt den Diskurs als eine Form der umgangssprachlichen Kommunikation ein. Im Diskurs erfolgt der Versuch, ein problematisch gewordenes Einverständnis durch eine Begründung im Diskurs wiederherzustellen. Die problematisch gewordenen Geltungsansprüche "Wahrheit", "Wahrhaftigkeit" und "Richtigkeit" werden zum Thema von Kommunikation. Im Diskurs sollen überzeugende Argumente gefunden werden, mit denen Geltungsansprüche eingelöst oder angewiesen werden können (vgl. Habermas 1985³, S. 48).

Um allgemeine und notwendige Kommunikationsvoraussetzungen der argumentativen Rede (vgl. Habermas 1983, S. 97) zu erhalten, bezieht sich Habermas auf die formalen Eigenschaften des Diskurses, die er von Alexy (1978) übernimmt. Auf der Ebene des Diskurses sollten keine widersprüchliche Aussagen geleastet werden stattfinden. Behauptungen sind zu begründen und (in einem idealtypischen Verständnis) sollten alle Betroffenen an dem chancengleichen Diskursverfahren teilnehmen.

Die Diskursethik bezieht sich wie die Theorie Kants auf den vernunftbegabten Menschen, der seine Maxime selbst findet. Im Gegensatz zum Ansatz Kants, der die moralischen Normen durch sein Gewissen prüft und dadurch in seiner "Robinsonade" der Gefahr einer "perspektivisch verzerrten Deutung" (ebd., S. 78) unterliegt, verleiht Habermas dem kategorischen Imperativ eine "dialogische" Prägung.

Habermas geht davon aus, daß nur im Dialog geklärt werden kann, ob eine Norm allgemeingültig und konsensfähig sein kann. Die Maximen müssen demzufolge der diskursiven Prüfung und dem Universalisierungsanspruch aller anderen unterliegen. Hier geht es nicht wie bei Kant darum, das zu postulieren, was ohne Widerspruch allgemeines Gesetz werden kann, vielmehr bietet die Übereinstimmung der am Diskurs Beteiligten das ausschlaggebende Kriterium zur Begründung moralischer Regeln.

Demzufolge geht es bei der Verfahrensethik von Habermas darum, durch diskursive Prüfung mit Hilfe des kollektiven Verständigungsprozesses zu allgemeingültigen Normen zu gelangen. Die Richtigkeitsansprüche erfolgen nicht auf der Grundlage eines inhaltlichen Prinzips, sondern nur aufgrund der faktischen oder potentiellen Zustimmung aller Betroffenen.

Dabei gilt die diskurstheoretische Formulierung des Universalisierungsgrundsatzes >U<, der besagt, daß eine strittige Norm unter den Diskursteilnehmern nur dann eine Zustimmung finden kann, wenn die Anerkennung der faktischen und potentiell Betroffenen gewährleistet ist.

Habermas zufolge verlangt die Begründung von Normen und Geboten die Durchführung eines realen Diskurses. Dabei reicht es nicht aus, eine im Sinne Kants "hypothetisch durchgespielte Argumentation" (ebd., S. 78) durchzuführen. Es geht vielmehr darum, überzeugende Argumente mit Geltungsanspruch zu formulieren und zu begründen.

Die Argumente sollen auf ihre normative Richtigkeit hin untersucht werden. Das Ziel besteht darin, ein diskursives Einverständnis herbeizuführen.

Grundlegende normative Fragen müssen Habermas zufolge stets in Diskursen erörtert werden. Da nicht alle Betroffenen im Diskurs Berücksichtigung finden, können ihre Interessen advokatorisch vertreten werden.

Die Festschreibung von inhaltlichen Moralprinzipien wird in der Diskursethik abgelehnt.

Alle moralischen Inhalte werden in realen oder simulierten Diskursen erörtert, um zu einer Überprüfung erhobener oder konkurrierender Geltungsansprüche zu gelangen. Die Gleichberechtigung der Argumentationsteilnehmer wird ebenso vorausgesetzt wie gleiche Rede-chancen ohne die Ausübung von Zwang. Als Grundlage des praktischen Diskurses dient die Idee einer Gemeinschaft vernünftig argumentierender Diskursteilnehmer, die sich bei konfligierenden Geltungsansprüchen um einen Konsens bemühen. Das Ziel des Diskurses besteht darin, ein "diskursives Einverständnis" zu erreichen. Im Gegensatz zur Theorie Rawls (1979), nach der sich die Akteure in einem "Schleier des Nichtwissens" (vgl. ebd., S. 29) befinden, müssen in dieser Konstruktion von Habermas gerade in den Blickpunkt geraten, um die unterschiedlichen Ansprüche adäquat bewerten und einordnen zu können.

Eine Hauptkritik an dem Modell der Diskursethik besteht darin, daß die Positionen von Unmündigen und Ungeborenen im diskursiven Prozeß nicht berücksichtigt werden, obwohl sie von den Folgen der Entscheidungen durchaus betroffen sein können. Als unmündig wird ein Mensch bezeichnet, der weder in der Lage ist zu argumentieren, also etwa als Kleinkind keine voll ausgeformten Sätze bilden kann, oder mangels Information nicht in der Lage ist, eine Situation angemessen zu beurteilen. Ein weiteres Kriterium für die Unmündigkeit besteht darin, daß der Mensch nicht die Fähigkeit besitzt, "freie Überlegungen anzustellen" (Brumlik 1986, S. 269). Unter den ungeborenen Menschen werden diejenigen gefaßt, "die in naher oder ferner Zukunft geboren werden oder geboren werden könnten. Die Klasse der Ungeborenen umfaßt mithin noch nicht einmal gezeugte sowie bereits gezeugte, aber noch nicht geborene Menschen" (ebd., S. 270).

Dieses Problem ist von Habermas (1983) erkannt worden, er schlug daher die "advokatorisch durchgeführten Diskurse" (ebd., S. 104) vor, um die Interessen der nicht am realen Diskurs Teilnehmenden einzubeziehen. Brumlik (1986) zufolge reicht dieser Ansatz nicht aus, da die advokatorisch wahrgenommenen Interessen nicht zwingend die tatsächlichen Interessen aller womöglich auch erst zukünftig Betroffenen berücksichtigen (vgl. ebd., S. 274). Die Kritik von Höffe (1975) reicht noch weiter. Er verweist auf die unterschiedlichen intellektuellen und rhetorischen Fähigkeiten der am Diskurs Beteiligten, ebenso wie auf den uneinheitlichen Informationsstand. Zudem führen diskursive Prozesse seiner Auffassung nach nicht notwendigerweise zu einem Konsens. Daher plädiert er für eine Analyse "des sittlich Guten", bevor Diskursprozesse in Gang gesetzt werden sollten, lehnt also das rein formale Prinzip der Diskursethik ab (vgl. ebd., S. 243ff.).

Die Vertreter der Verantwortungsethik sehen ihre Aufgabe darin, die nicht am Diskurs teilnehmenden Individuen mit in ihre moralische Bewertung einzubeziehen. Neben den zukünftigen Generationen soll beispielsweise auch die Natur in das Spektrum der ethischen Verantwortung einbezogen werden.

1.2.5 Verantwortungsethik

Die Verantwortungsethik ist kein herkömmliches Moralprinzip wie die "Maximenethik" oder der "Utilitarismus", deren Anwendung unabhängig von politischen oder technischen Entwicklungen gefordert wird. Sie ist aufgrund der Einsicht entstanden, daß die technischen

und ökologischen Risiken erhebliche negative Konsequenzen für zukünftige Generationen haben können.

Initiiert wurde der Terminus der "Verantwortungsethik" von Max Weber, der sie von der "Gesinnungsethik" unterschied. Das verantwortungsethische Handeln zeichnete sich Weber zufolge dadurch aus, daß man für die absehbaren Folgen seines Handelns aufzukommen hat (vgl. Rich 1984, S. 35ff.). Die Position der "Verantwortungsethik" wurde maßgeblich von Hans Jonas geprägt. Seine Schrift "Das Prinzip Verantwortung" erschien 1979 zu einem Zeitpunkt, in der sich ein Bewußtsein über die weltweit nachlassenden Ressourcenvorräte bemerkbar machte. Für Jonas steht nicht das für die Diskursethik ausschlaggebende Prinzip der Gegenseitigkeit im Vordergrund seiner Überlegungen, aus dem sich diskursethische Prinzipien ableiten lassen können, sein Konzept, das eine langfristige Zukunftsverantwortung einschließt, begründet er aufgrund des Machtvorsprungs von Menschen vor anderen, wenn es etwa auf die Verantwortung der Eltern gegenüber ihren Kindern verweist. Jonas geht davon aus, daß die traditionellen Morallehren Prämissen zugrundelegen, die nicht mehr zeitgemäß sind. In seiner bereits im Untertitel des Buches "Das Prinzip Verantwortung" benannten "Ethik für die technologische Zivilisation" geht Jonas ausdrücklich auf die langfristigen ökologischen Auswirkungen menschlichen Handelns für zukünftige Generationen ein, die seines Erachtens bei den bisherigen Morallehren keine Berücksichtigung gefunden haben. Birnbacher (1988) weist auf die unterschiedlichen Bedeutungen des Ausdrucks "Generation" hin. Zum einen wird darunter die in einem rein zeitlichen Sinne lebende Generation gefaßt, sofern mehrere Generationen gleichzeitig leben (z.B. Großvater, Vater, Enkel); darüber hinaus werden aber auch die Ungeborenen als zukünftige Generationen gesehen, die primär gemeint sind, wenn von einer "Zukunftsethik" gesprochen wird (vgl. ebd., S. 23ff.).

Er nimmt an, daß die neuen Dimensionen menschlichen Handelns insbesondere dazu führen, daß das Eingreifen in den Naturhaushalt eine Gefährdung für die Natur und den Menschen darstellt.

Die von Jonas entwickelten Pflichten einer Umweltethik setzen als Grundlage ein Bewußtsein über die langfristigen Auswirkungen menschlichen Handelns voraus. Das Bewußtsein über das vom Menschen ausgehende Bedrohungspotential könne schließlich dazu führen, eine ökologisch ausgerichtete Handlungsorientierung beim Menschen hervorzurufen. Jonas verweist auf die weltweiten unerwünschten Nebenfolgen der "technologischen Zivilisation", die die Menschheit belasten und postuliert, daß die "Verantwortung" zu einem Grundprinzip erhoben wird. Die technische Entwicklung erfordert seiner Ansicht nach eine Beschränkung der Macht des Menschen über den ökologischen Lebensraum.

Jonas fordert dazu auf, die Macht gegenüber der Natur zu zügeln, da sonst die Beherrschung der Natur durch den Menschen aufgrund der ökologischen Nebenwirkungen als ein "Unheil" über die Menschheit hereinbricht.

Es kommt Jonas darauf an, eine Ethik zu entwickeln, die der Erhaltung und Bewahrung der Natur dient und nicht den Fortschritt vorantreibt.

Die Aufgaben einer Zukunftsethik umfassen das erforderliche Sachwissen, während die im zweiten Punkt vorgestellten den Komplex des Wertwissens beinhalten, wobei beide Aufgaben eine notwendige Voraussetzung einer menschlichen Zukunftsethik darstellen.

Zudem soll das Gefühl der "Furcht" motivierend dazu beitragen, das gegenwärtige Handeln so zu bestimmen (vgl. Jonas 1984, S. 64f.), daß dadurch die "Hoffnung" entsteht, die wiederum die Notwendigkeit des menschlichen Widerstand gegen die ökologische Bedrohung erzeugen kann.

In der Konzeption von Jonas' Schrift zum "Prinzip Verantwortung" wird der Versuch der Begründung einer "Ethik der Zukunftsverantwortung" (vgl. ebd., S. 175) unternommen. Es geht nicht nur um die "kausale Zurechnung vergangener Taten" (ebd., S. 172), sondern um eine "intentionale Verantwortung", wie Rebstock (1988) in seiner Kritik an Jonas betont. Die Konzeption von Jonas entspricht auch deshalb einer "Zukunftsethik", weil ihre erste "Pflicht"

darin besteht, "die Beschaffung und Vorstellung von den Fernwirkungen" (Jonas 1984, S. 64) zu analysieren.

Die Verantwortung begründet sich für Jonas durch die menschliche Fähigkeit, überhaupt Verantwortung übernehmen zu können. Er behauptet, daß objektive "Werte an sich" im Menschen existieren, die an sein ontologisches Sein geknüpft sind (vgl. Jonas 1984, S. 8).

Er führt als ein Beispiel für verantwortungsvolles Handeln das Verhältnis der Eltern zu ihren Neugeborenen an und meint, daß sich diese Verantwortung auch auf zukünftige Generationen erweitern läßt, die ein "Recht auf ein bejahtes Sosein" (Jonas 1984, S. 89) haben. Seine These setzt voraus, daß ethisches Verhalten kein Modell erfordert, sondern sich durch die Aufforderung hilfloser Menschen unmittelbar ergibt. Jonas behauptet, daß schon das Atmen des Neugeborenen die Akteure dazu motiviert, sich um es zu kümmern.

Aus dieser Erkenntnis leitet Jonas die moralische Forderung ab, auch die Zwecke und Werte der Natur zu erhalten und zu schützen (vgl. ebd., S. 159).

Ob diese "biologistische" (vgl. Nennen 1991, S. 186) Erklärung zur Verantwortung gegenüber zukünftigen Generationen ausreicht, kann bestritten werden. Obwohl eine moralische Verpflichtung besteht, den zukünftigen Generationen die Erde so zu überlassen, daß ihnen ein Leben ermöglicht wird, das für lebenswert gehalten wird, folgt daraus jedoch nicht die von Jonas postulierte Verpflichtung, "dafür zu sorgen, daß es überhaupt zukünftige Generationen gibt" (ebd., S. 343).

Jonas wird vorgeworfen, daß er sich in die Gefahr begibt, dem "naturalistischen Fehlschluß" zu unterliegen. Unter dem naturalistischen Fehlschluß ist zu verstehen, daß "nicht nur die logische Unableitbarkeit eines Sollens aus einem Sein, sondern auch die eines Gut- oder in anderer Hinsicht Wertvoll-Seins aus einem bloß deskriptiv So-Sein postuliert [...]" wird (Birnbacher 1991, S. 64).

Zudem legt er Prämissen zugrunde, die schwer einzusehen sind. Durch das Postulat, eine "Verantwortung für zukünftige Generationen" zu bewerkstelligen, folgert er, daß auch für die Existenz zukünftiger Generationen gesorgt werden müsse. Unter dem naturalistischen Fehlschluß ist zu verstehen, daß "nicht nur die logische Unableitbarkeit eines Sollens aus einem Sein, sondern auch die eines Gut- oder in anderer Hinsicht Wertvoll-Seins aus einem bloß deskriptiv So-Sein postuliert [...]" wird (Birnbacher 1991, S. 64).

Jonas unterstellt die "Notwendigkeit der Metaphysik" in seiner Moralbegründung, indem er auf die "Schöpfungsordnung" verweist.

Diese Position blieb nicht ohne Kritik. Birnbacher (1988, S. 144) lehnt das von Jonas propagierte "abstrakte Menschheitspathos" ab und formuliert konkrete auch ohne metaphysische Annahmen gute Gründe für eine Zukunftsverantwortung aufgrund der ökologisch zu erwartenden Probleme, indem er die globalen Auswirkungen der CO₂ Anreicherungen in der Atmosphäre ebenso betont, wie den zunehmenden zivilisatorischen Umgang mit Giften und Schadstoffen (vgl. ebd., S. 144). Allein der Arterhalt von Pflanzen und Tieren für nachfolgende Generationen läßt sich aufgrund einer Vielzahl von rationalen Gründen nachvollziehen. So können aussterbende Tier- und Pflanzenarten in Zukunft eine ökologische, wissenschaftliche, wirtschaftliche und medizinische Bedeutung erlangen, die in ihrem Umfang noch nicht absehbar ist. Das Aussterben von Tieren und Pflanzen erschwert zudem die Fähigkeit der Natur durch Indikatororganismen auf Umweltbelastungen hinzuweisen, bevor diese mit technischen Hilfsmitteln festgestellt werden können.

Inzwischen wird der Titel des Buches von Jonas (1984) sogar bei Werbemaßnahmen eingesetzt. So werben die Rheinisch Westfälischen Elektrizitätswerke für ihre Umweltschutzmaßnahmen mit der Zeile "Prinzip Verantwortung: 100 Mio. DM für unsere Umwelt" (vgl. Westdeutsche Allgemeine Zeitung vom 29.9.1991).

1.2.6 Diskursethik versus Verantwortungsethik

Ob allein das Verfahren der Diskursethik ausreicht, um ethisches Verhalten angesichts der ökologischen Probleme zu erzeugen, wird von Kuhlmann und Apel bezweifelt. Daher ergänzen die Autoren das diskursethische Verfahren durch Elemente der Verantwortungsethik.

Kuhlmann (1986) weist auf die implizierten Gerechtigkeitsbedingungen in der Diskursethik hin, indem dort nur die Normen anerkannt werden, denen alle Beteiligten zustimmen würden. Trotz dieser Gerechtigkeitsprinzipien bleibt die Diskursethik ihrem eigenen Anspruch zufolge formal, daher fordert Kuhlmann eine "Korrektur" (vgl. ebd., S. 116) der Diskursethik durch Elemente der Verantwortungsethik, da eine Gerechtigkeitsethik, zu der er die Diskursethik zählt, negative Merkmale wie Rigorismus, Förmlichkeit, Teilnahmslosigkeit und Kälte gehören, während Kuhlmann der Position von Jonas die Eigenschaften Sympathie, Teilnahme und Wärme zuschreibt (vgl. ebd., S. 102). Kuhlmanns Auffassung zufolge gehören gerade die von Jonas dargestellten Kriterien zur Ethik, werden jedoch in der Diskursethik nicht angemessen berücksichtigt, während der verantwortungsethische Ansatz von Jonas ein Kriterium hervorhebt, das der Diskursethik fehlt und von Kuhlmann (1987) als "Wohllwollen" bezeichnet wird.

Das von Jonas konzipierte "Prinzip Verantwortung" besitzt den weiteren Vorteil, daß es den Verantwortungsbereich des Menschen klarer definiert als die Diskursethik, die zwar ein gleichberechtigtes Verhältnis der am Diskurs Beteiligten voraussetzt, jedoch nur eingeschränkte Angaben über das Verhalten der Diskursteilnehmer gegenüber der Natur und zukünftigen Generationen darlegt, die nicht an dem Diskurs beteiligt sind.

Darüber hinaus hält er, wie Kuhlmann, eine Ergänzung der Diskursethik für notwendig. Er postuliert in seiner Auseinandersetzung mit der Position von Jonas eine "Diskursethik als Verantwortungsethik" (Apel 1990, S. 272f.) und teilt im Hinblick auf die Umweltproblematik mit Jonas die Einschätzung, daß die Lage für den Menschen aufgrund der ökologischen Probleme bedrohlich ist.

Die ökologischen Probleme erfordern eine grundlegende Verantwortungsbereitschaft, die durch diskursive Prozesse unterstützt werden sollen.

Der Diskurs stellt eine notwendige Voraussetzung dar, damit sich die Kommunikationsgemeinschaft der Diskursteilnehmer auf die Pflichten und sozial verbindlichen Normen einigt. Der Zielpunkt der kommunikativen Ethik besteht in der Verwirklichung der Idee einer "idealen Kommunikationsgemeinschaft" (Apel 1990, S. 37), in der die Identität der Beteiligten und Betroffenen verwirklicht wird, um der Forderung nach einer solidarischen Verantwortung angesichts der ökologischen Krise nachzukommen (vgl. Thielemann 1988, S. 5). Nach Apels Einschätzung setzt der Argumentierende sowohl die reale Kommunikationsgemeinschaft voraus, in die er durch seinen Sozialisationsprozeß als Mitglied aufgenommen wurde, als auch eine ideale Kommunikationsgemeinschaft, die im Prinzip in der Lage wäre, seine Argumente angemessen zu verstehen und den Sinn der Argumente zu verstehen und zu beurteilen.

Der Diskurs als formales Kriterium reicht Apels Überzeugung nach nicht aus, um das Kommunikationsverhalten der Beteiligten zu erfassen.

Apel (1988) hält es von einem "verantwortungsethischen Standpunkt" aus betrachtet a priori für unzulässig, bei der Begründung situationsbezogener Normen von den erwartenden Folgen für die potentiell Betroffenen abzusehen (vgl. ebd., S. 280). Apel (1986) sieht den Vorteil der "Folgen-Verantwortungsethik" (ebd., S. 17) darin, daß sie die Grenzen der Kantschen Ethik, aber auch der Diskursethik überschreitet, indem sie die nicht am Diskurs Beteiligten explizit einbezieht.

Um eine Berücksichtigung der zukünftigen Generationen im Diskurs zu gewährleisten, sollen die Diskursteilnehmer, quasi als "Anwälte der Zukunft" (Apel/Böhler (Hg.) 1981, S. 95), die Zukünftigen in ihre Überlegungen einschließen.

Apel räumt jedoch ein, daß sein Modell eines verantwortungsethischen Diskurses keine Garantie dafür bietet, daß die am Diskurs Beteiligten sich tatsächlich an die Regeln halten.

1.3 Angewandte Ethik

Nida-Rümelin (1996) konstatiert, daß es Ethik ohne Anwendung nicht geben kann, da sich die ethische Theorie erst in den Anwendungen bewähren kann. Insofern bilden theoretische und praktische Fragen der Ethik nicht zwei disjunkte Klassen, sondern ein Kontinuum. Die Begründungsrelationen verlaufen weder von der Theorie zur Praxis noch von der Praxis zur Theorie, sondern sie richten sich nach dem Gewißheitsgefälle der moralischen Überzeugungen. Es gibt moralische Überzeugungen von hoher Allgemeinheit, die nicht aufgegeben werden sollten. Ebenso existieren konkrete Verhaltensweisen, die als unmoralisch charakterisiert werden. Es finden sich innerhalb der Ethik eine Reihe von Grundprinzipien - quasi ein einheitliches moralisches "framework" (Horster 1997) - innerhalb dessen spezifisch individuelle Wahlentscheidungen erfolgen. Dazu gehören Prinzipien der Wechselseitigkeit, der Allgemeingültigkeit und der Gerechtigkeit.

Die angewandte Ethik reflektiert ihren Ausgangspunkt bei konkreten Erfahrungen der Lebensgestaltung und des gesellschaftlichen Zusammenlebens. Sie kennt die große Vielfalt unterschiedlicher und konkreter Erfahrungen der Lebensgestaltung und des gesellschaftlichen Zusammenlebens an und ist skeptisch gegenüber allgemeinen Prinzipien und der Tendenz, komplexe moralische Sachverhalte auf einige wenige idealtypische Charakteristika zu reduzieren. Sie nimmt die Vielfalt moralischer Empfindungen ernst und bleibt kritisch gegenüber allzu hochgesteckten theoretischen Zielen.

Insgesamt ist zwischen mindestens vier Begründungen normativer Ethik zu differenzieren.

- Die Begründung unter Bezugnahme auf zugeschriebene individuelle Rechte, die die demokratische Verfassung garantiert. Dazu gehören u.a. die Rede-, Gewissens-, und Versammlungsfreiheit (z.B. Grundgesetz)
- Die Begründung auf Verpflichtungen, etwa in einem Vertragsmodell (z.B. Habermas, Rawls).
- Die Begründung aufgrund von Pflichten, die mit normativen Erwartungen an spezifische gewählte oder zugeschriebene Rollen verbunden sind (z.B. Hippokratische Eid).
- Begründung aufgrund von allgemeinen Prinzipien, die eine entsprechende Bindung nach sich ziehen (z.B. Kant, Gert, Mill, Beauchamp/Childress).

Normen fungieren als Verbindungsglied zwischen den obersten Kategorien des Wünschenswerten und den praktischen Problembereichen. Dabei stellt die Beziehung zwischen idealen Normen und Praxisnormen ein zentrales Spannungsfeld dar. Trotz seiner fundamentalen Relevanz für die Normenbegründung ist diese Thematik bislang aus philosophischer Perspektive nur unzureichend behandelt worden, wie Lenk (1997) kritisch anmerkt. Er vertritt die These, daß unter Beibehaltung der universalpragmatischen Grundeinsichten die Ethik und Universalmoral im technischen Zeitalter einen stärkeren pragmatischen Gehalt zu liefern hätten, um einen relevanten Praxisbezug zu gewährleisten. Bislang gibt es diesbezüglich, so Lenk, keine umfassenden Ansätze. In dem vorgesehenen Forschungsprojekt soll ein Beitrag zum Abbau dieses Defizits geleistet werden.

1.4 Ideal- versus Praxisnormen

Um die Differenz zwischen hohen moralischen Ansprüchen und den menschlichen Unvollkommenheiten und Sachzwängen zu überbrücken, trifft Birnbacher (1988) die Unterscheidung zwischen idealen Normen und Praxisnormen. Praxisnormen verhalten sich zu idealen Normen wie einfache Gesetze zu Verfassungsnormen. Während die Fundierung von Idealnormen als Arbeitsaufgabe der Philosophie zugeschrieben wird, werden Praxisnormen primär der Ebene der Rechts und der Politik zugeordnet.

Praxisnormen können aus idealen Normen abgeleitet werden. Ideale Normen sind in der Regel jedoch so wirklichkeitsfremd; ihre Ansprüche sind so hoch, daß sie in der Praxis kaum durchsetzbar sind. Insofern gelten ideale Normen zunächst als Resultat abstrakter normativ-ethischer Überlegungen, die jedoch auf dieser idealen Ebene keine praktische Hilfe bei konkreten Handlungsentscheidungen liefern können. Sie sind zu allgemein, zu unbestimmt und zu rigide, um faktisch als Regeln für die konkrete Lebenspraxis dienen zu können. Eine Aufgabe der wirksamen angewandten Ethik für die Praxis besteht nunmehr darin, daß ideale Normen im Verständnis von "Durchführungsregeln" (Sachsse 1972) eine praktikable Angleichung an die faktischen Verhältnisse erfahren, um eine Vermittlungsfunktion zwischen der abstrakten idealen Ethik einerseits mit den anthropologischen und psychologischen Realitäten andererseits zu bewerkstelligen. Oft, so die Kritik von Birnbacher (1997) sind anspruchsvolle ethische Prinzipien so rigoros, um eine Chance zur Durchsetzung in der Praxis zu erreichen. Darüber hinaus weichen sie oftmals so stark von der gängigen Gegebenheiten und Konventionen der Lebenspraxis ab, um die Akteure zur Durchführung entsprechender Prinzipien zu motivieren. Insofern sind die Durchsetzungsbedingungen idealer Normen ein wesentlicher Maßstab für die Wirksamkeit entsprechender Leitlinien. Eine zentrale Aufgabe einer tragfähigen angewandten Moralkonzeption liegt darin, einen Kompromiß zu finden zwischen legitimer Anpassung an die faktischen Gegebenheiten, ohne sich jedoch zu stark an opportunistischen Gepflogenheiten in der Praxis zu orientieren. Das Spannungsfeld skizziert also einerseits die Problematik einer u.U. rigiden Zumutbarkeit, aus der sich Überforderungstendenzen ergeben können und einer Anpassung andererseits, die eine zu enge Bindung an die gängige Praxis nach sich ziehen würde und keinen Spielraum für Veränderungen zuläßt.

Die Debatte zwischen Ideal- und Praxisnormen wird unter einer anderen Terminologie durch das Verhältnis zwischen Ethik und Pragmatik geführt, auf im folgenden skizziert werden soll.

1.4.1 Ethik versus Pragmatik

Das Verhältnis zwischen Ethik und Pragmatik läßt sich als diejenige Aufgabe formulieren, bei der sich Können und Sollen in der Praxis miteinander vereinbaren lassen.

Während die Ethik ein höchstes Sollen definiert, sucht die Pragmatik die angemessene Konkretion des moralischen Prinzips oder der obersten praktischen Regel sicherzustellen. Einer so bestimmten Pragmatik geht es darum, die Relevanz und die Anwendungsfähigkeit des Prinzips auf Praxis - soweit möglich - zu garantieren. Die Ethik sucht ein kultur- und situationsinvariant gültiges Kriterium oder Ziel. Die Pragmatik versucht den Abstand von einem reinen Sollen zu einem historisch bedingten Sollen zu überbrücken.

Insofern zieht sich die Ethik nicht auf eine autonome Provinz zurück. Ebenso wenig stellt die Pragmatik eine prinzipienlose Methode dar. Die Pragmatik übt im Wechselspiel zwischen Ethik und historisch konkreter sittlicher Praxis eine Vermittlungsfunktion aus. Im Sinne einer wechselseitigen Rückbeziehung ist die Ethik auf eine Operationalisierung in eine Pragmatik und die Pragmatik auf die Prinzipien einer Ethik angewiesen (vgl. Höffe 1975)

1.4.2 Idealebene

Auf der Idealebene werden innerhalb der Ethik universale Regeln aufgestellt, die eine grundlegende Orientierung bei moralisch relevanten Entscheidungen liefern sollen. So formuliert Gert (1983) zehn universal-moralische moralische Handlungsregeln, die u.a. allgemeine Standards der Nichtschädigung und der Gesetzestreue formulieren. Problematisch und auch moralisch fragwürdig wird die strenge Einhaltung solcher Regeln im Fall von Notwehr- und Nothilfesituationen oder unter politisch nicht legitimierte Bedingungen, die eine Befolgung illegitimer Gesetze von vornherein verbieten würden (vgl. Horster 1997).

Beauchamp und Childress (1989) benennen vier allgemeine Prinzipien der 'Autonomy', 'Nonmaleficence', 'Beneficence' und 'Justice', die besonders im medizinethischen Kontext diskutiert werden. Es wird jedoch offen gelassen, welches Gewicht sich aus den Prinzipien bzw. aus den daraus ableitbaren Pflichten in Konfliktfällen ergibt.

In vertragstheoretischen Konzeptionen werden idealtypische Bedingungen zugrundegelegt, um egoistische Motive, menschliche Schwächen sowie Macht- und Herrschaftsverhältnisse auszuklammern. Innerhalb der Theorie der Gerechtigkeit von John Rawls wird ein "entindividualisierter Blick" (Sturmka 1992) in den sozialen Raum vorgenommen. Der "Schleier des Nichtwissens" ermöglicht diese Fokussierung, indem er die Stellung der Einzelnen, die jeweilige Klassenzugehörigkeit, den ökonomischen Status, natürliche und intellektuelle Eigenschaften, psychische Dispositionen und schließlich sogar konkrete Vorstellungen von einer guten Lebensführung verdeckt. Was als mögliche Quelle von Ungleichheiten und egoistischer Präferenzen entstehen kann, wird nicht als Bestimmungsstück der gerechtigkeitstheoretischen Prinzipienwahl zugelassen. Aufgrund dieser Konzeption, so der Anspruch von Rawls, würden die beteiligten Akteure zu gerechten Ergebnissen einer Verteilungsgerechtigkeit etwa im intra- und intertemporalen Kontext gelangen.

Habermas (1983) differenziert innerhalb seiner diskursethischen Konzeption zwischen idealen und realen Diskursen. Auf der idealen Ebene werden reale Sachzwänge "kontrafaktisch" ausgeschaltet, zu denen im realen Diskurs die Knappheit der Zeit, Herrschafts- oder Gewaltverhältnisse und das Informationsgefälle zu rechnen sind, die Geschäftsordnungen erforderlich machen um durch Übereinkunft eine Annäherung an die Bedingungen des idealen Diskurses zu gewährleisten. Ebenso wie bei der Konzeption von Rawls bleibt die Diskursethik formal. Die Inhalte werden erst durch die Akteure in realen oder advokatorisch durchgeführten Diskursen vorgenommen. Dabei werden im Diskurs keine Normen erzeugt, sondern in Frage gezogenen Ansprüche überprüft. Auf der idealen Ebene werden Symmetriebedingungen und Reziprozitätsbedingungen sowie die Gewährung egalitärer und zwangsfreier Teilnahmechancen erwartet. Es sollen Bedingungen geschaffen werden, daß die am Diskurs beteiligten Akteure begründete Positionen und Interessen in den Diskurs einbringen können. Unabhängig vom Diskurs, so Habermas, sind keine inhaltlichen Bestimmungen der guten und gerechten Lebens rational möglich. Es stellt sich die Frage, ob in diesem Kontext der Gültigkeitsanspruch der Konzeption von Habermas, im Gegensatz zu dem Modell von Rawls durch die Verfolgung von Interessen verfälscht wird.

Die idealen Voraussetzungen dieser abstrakten Modelle gelten zunächst als Resultat normativ-ethischer Überlegungen, die jedoch keine praktische Hilfe bei konkreten Handlungsentscheidungen liefern können. Sie sind zu allgemein, zu unbestimmt und zu rigide, um faktisch als Regeln für die konkrete Lebenspraxis dienen zu können. Eine Aufgabe der angewandten Ethik besteht nunmehr darin, daß ideale Normen eine praktikable Angleichung an die faktischen Verhältnisse erfahren, um Kompromisse zu finden, bei denen ideale Leitbilder zwar nicht aufgegeben werden, jedoch soweit operationalisierbar gestaltet

werden können, daß sie als Handlungsoptionen in der Praxis Entscheidungshilfen bei der ethischen Urteilsbildung bieten können.

Es ist problematisch, wenn bei einer Normendiskussion lediglich Begründungsverfahren behandelt würden und Problem der Durchsetzung von Entscheidungen außer acht gelassen werden. Die Anwendung solcher Durchsetzungsverfahren müssen auf der Basis eines Normenbegründungsverfahrens für die Praxis erfolgen.

1.4.3 Praxisebene

Normen sind verallgemeinerte Vorstellungen von Anleistungen, die in konkreten von bestimmten Interessen angeleitetem Handeln gemacht werden (vgl. Willms 1979). Sie unterliegen einer historischen Veränderung. Welche Werthierarchie ein Individuum in einer gegebenen Zeit und in einer spezifischen Situation gerade sein eigen nennt, manifestiert sich erst in der jeweiligen Entscheidungs- und Beurteilungssituation (vgl. Zimmerli 1979). Aufgrund widersprüchlicher persönlicher Wertvorstellungen und Interessen kann davon ausgegangen werden, daß verschiedene Ergebnisse bei der Beurteilung konkreter Normen zustande kommen (vgl. König 1978). Insofern sind moralische Beurteilungskriterien und Begründungsverfahren auf der Praxisebene in einen historischen und sozio-ökonomischen Rahmen einzubinden.

Beschränkungen

Es stellt sich die Frage, welche "Abstriche" auf der Praxisebene vorzunehmen sind, um zu einer praktikablen praxisadäquaten Konzeption zu gelangen. Neben der allgemein gesellschaftlichen Ebene mit spezifischen rechtlichen, ökonomischen und politischen normativen Vorgaben und daraus resultierenden eingeschränkten Spielräumen sind auf der individuellen Ebene die kognitiven und motivationalen Beschränkungen aufzuzeigen, denen Individuen ausgesetzt sind. Zunächst verfügen die Akteure über unterschiedliche Bildungsvoraussetzungen, Ansprüche und Interessen. Daneben sind eine Reihe weiterer menschlicher Eigenschaften zu berücksichtigen, die eine Einschränkung idealtypischer moralischer Vorgaben zur Folge haben. Es ist Koller (1996) zufolge zwischen externen und internen Beschränkungen zu differenzieren. Dies hängt davon ab, ob die äußeren Bedingungen des Handelns eingeschränkt werden oder ob persönliche Eigenschaften der handelnden Personen z.B. in Form von begrenzten physischen Kapazitäten für Einschränkungen sorgen. Externe natürlichen Beschränkungen sind aufgrund der Wirksamkeit der Naturgesetze vorhanden, während externe soziale Beschränkungen sich aus der äußeren sozialen Umgebung und den entsprechenden Rahmenbedingungen der Akteure ergeben, bei denen Macht- und Herrschaftsverhältnisse zugrunde gelegt werden.

Innere psychische Beschränkungen resultieren aus den angeborenen, psychischen und intellektuellen Eigenschaften der Menschen, während interne soziale Beschränkungen sich u.a. aus der intra- und intertemporalen Verteilungsproblematik von Ressourcen ergeben, die u.a. als zentrales Themenfeld der normativen "Nachhaltigkeitsdebatte" behandelt werden (vgl. Birnbacher/Schicha 1996).

Willensschwäche

Einen zentralen Stellenwert für menschliche Unzulänglichkeiten nimmt das Problem der Willensschwäche ein, daß Hare zufolge zu beobachten ist, sofern jemand zwar aufrichtig einem Moralurteil zustimmt, jedoch in seinem Handeln diesem Moralurteil nicht folgt. (vgl.

Spitzley 1995). Dieses Phänomen stellt die Diskrepanz zwischen ausgedrückten Präferenzen und damit divergierenden faktischen Verhaltensmaßnahmen dar. Dies zeigt sich z.B., wenn erklärte Umweltschützer in ihrem eigenen Verhalten ihren eigenen Ansprüchen nicht gerecht werden.

Moralische Distanz

Die moralische Distanz resultiert aus der räumlichen und/oder zeitlichen Distanz in Hinblick auf die Akteure, denen gegenüber Handlungen oder Unterlassungen vorgesehen sind. Obwohl moralische Postulate in der Regel eine zeitliche und räumliche Unabhängigkeit fordern, werden z.B. die eigenen Angehörigen - so im Erbrecht - privilegiert.

Zeitpräferenz

Der Aspekt der Zeitpräferenz drückt ein weiteres auftretendes Problem auf, das dem Anspruch auf Allgemeingültigkeit moralischer Normen konträr entgegensteht. Die Bevorzugung der Gegenwart gegenüber der Zukunft stellt ein typisches Verhaltensmerkmal von Menschen dar. Dieser Aspekt wird im Rahmen eines aktuellen von der DFG geförderten Forschungsprojekt zur Diskontierung zur Zeit diskutiert.

1.5 "Bindestrichethiken"

Das Spannungsfeld zwischen Ideal- und Praxisnormen wird dann relevant, wenn eine konkrete Problemstellung zu verzeichnen ist, bei der abstrakte Prinzipien moralischer Intuitionen nicht weiterhelfen. Es haben sich diverse Bereichsethiken ausdifferenziert, in denen die entsprechenden Themengebiete eingegrenzt und bearbeitet werden (vgl. Nida-Rümelin 1996). Neben klassischen Formen, etwa der Rechtsethik, haben sich aktuelle Ansätze herauskristallisiert, die sich speziell mit den durch den Menschen geschaffenen Risiken im technisch-industriellen Zeitalter auseinandersetzen.

Die angewandte Ethik legt ihre Ausrichtung bei konkreten Erfahrungen der Lebensgestaltung und den gesellschaftlichen Erfahrungen an. Sie ist skeptisch gegenüber allgemeinen Prinzipien und die Tendenz komplexe moralische Sachverhalte auf einige wenige idealtypische Charakteristika zu reduzieren. Sie bleibt gegenüber allzu hoch gesteckten Zielen kritisch und nimmt die Vielzahl moralischer Empfindungen ernst.

Eine "Tugendethik", die allgemeine Prinzipien propagiert, indem sie die "Idee des Guten" durch Postulate der Pflicht, Schuldigkeit, Treue, Demut, Bescheidenheit, Fleiß und Geduld fordert, hilft in konkreten Entscheidungssituationen auf der Praxisebene nicht weiter.

Es ist zunächst unverzichtbar, gewisse Mindeststandards im Rahmen der Begründung normativer Ethik zugrunde zu legen, um überhaupt ein Instrumentarium entwickeln zu können, das für die Praxisebene operationalisiert werden kann.

Dazu gehört erstens die Begründung moralischer Ansprüche unter Bezugnahme auf individuelle zugeschriebene Rechte in Form der Menschenrechte oder Bürgerrechte im Rahmen der demokratischen Verfassung, die etwa die Rede, Gewissens- und Versammlungsfreiheit, das Zensurverbot, das Partizipationsrecht, die Abwehrrechte gegenüber dem Staat sowie die Demonstrationsfreiheit einräumt.

Eine zweite Begründung moralischer Ansprüche fußt auf eingegangene Versprechen oder Verträgen bzw. zugeschriebene Verpflichtungen in Hinblick auf Garantienpflicht (z.B. Eltern, Ärzte, Bergführer)

Die Begründung moralischer Ansprüche ergibt sich drittens aufgrund von Prinzipien und fordert etwa die Hilfestellung für Kranke, Schwache und Unterprivilegierte.

Die skizzierten drei Begründungen lassen auf dieser pauschalen allgemeinen Ebene bei konkreten Entscheidungen jedoch nur ein sehr grobes Orientierungsraster zu, das in der Praxis anhand des konkreten Problemfeldes weiter ausdifferenziert werden muß.

Die sogenannten Bereichs- oder Bindestrichethiken haben sich der Aufgabe angenommen, gesellschaftliche Subsysteme zur Reduktion von Komplexität herauszuarbeiten, um das Wechselspiel zwischen den Anwendungsprobleme und der theoretisch-ethischen Fundierung herauszuarbeiten.

1.5.1 Risikoethik

Risiken umfassen sowohl Planungen auf der individuellen Ebene bei biographischen Entscheidungen (z.B. Partnerwahl), individuellen Lebensgewohnheiten (z.B. Motorradfahren, Rauchen), aber auch bei kollektiven Entscheidungsprozessen etwa in Form der Inbetriebnahme von technischen Anlagen (z.B. Atomkraftwerke).

Es ist nicht möglich, sich Risiken zu entziehen. Selbst derjenige, der nichts tut, riskiert einiges, wie Ott (1994, S. 5/20) plastisch darstellt:

"Wer technisch handelt oder entscheidet, muß etwas riskieren. Wer am Computer schreibt, riskiert Augenschäden. Wer nicht am Computer schreibt, riskiert die Karriere. Wer gegen die Technologie argumentiert, riskiert Arbeitsplätze. Wer jedes Wagnis meidet, riskiert, daß ihm im Leben einiges entgeht."

Paradoxerweise reflektiert ein Risiko etwas, das noch nicht eingetreten ist, "das eigentümliche Anwesendsein von Abwesendem" (Rehmann-Sutter 1998, S. 74). Die möglichen Konsequenzen riskanter Entscheidungen ergeben sich erst zu einem späteren Zeitpunkt, wobei der Modus der Potentialität (Wahrscheinlichkeit) eine entscheidende Rolle für das Eintreten oder Nicht-Eintreten eines Schadens darstellt.

Die Angst vor Risiken in weiten Teilen der Bevölkerung ist verbreitet, obwohl die Menschen noch nie so sicher gelebt haben wie in modernen hochindustriellen Gesellschaften, in denen auch die Lebenserwartung ständig zunimmt (vgl. Bonß 1996).

Dennoch hat sich eine Qualität moderner Risiken herauskristallisiert, die im Eintrittsfall dramatische Dimensionen annehmen kann. Die zunehmende Komplexität technischer und organisatorischer Systeme bildet für Perrow (1987) die Grundlage seiner Prognose, daß durch diese Strukturmerkmale zwangsläufig Katastrophenszenarien zu erwarten sind. Diese Befürchtung hat sich leider bewahrheitet. Dramatische Störfälle, die nicht mit dem Namen der Verursacher, sondern mit den Orten, an denen sie sich ereigneten, klassifiziert wurden, sorgten dafür, daß u.a. Bophal, Harrisburg und Tschernobyl als Synonym für die katastrophalen und z.T. irreversiblen Folgen technischen Handelns in das Bewußtsein der Bevölkerung rückten. Diese Großunfälle sind zum Symbol von Katastrophenphänomenen avanciert, die in der öffentlichen Diskussion für Angst und Unsicherheit sorgten und Zweifel an den Möglichkeiten technischen Handelns offenbarten.

Der Terminus "Risiko" wird im üblichen Sprachgebrauch vorwiegend mit negativen Assoziationen verknüpft. Risiken sind in der Regel zu minimieren und gelten als ungewünschte Faktoren, die vermeintlich oder tatsächlich in Kauf genommen werden müssen, um Stillstand zu vermeiden und Fortschritt zu erzielen. Dem gegenüber existiert auch ein positiv bewerteter Risikobegriff. In diesem Kontext wird dann von Risikofreudigkeit gesprochen, die mit Begriffen wie Mut, Tatendrang, Durchsetzungsfähigkeit, Gewinn und Innovation in Verbindung gebracht wird, um die potentiellen Chancen womöglich riskanter Entscheidungen in den Fokus zu heben und sie damit zu legitimieren. In diesem Kontext

fungiert Risiko als Rohstoff und Produktionsfaktor nach dem Motto "Wer wagt, gewinnt" (vgl. Wulf 1996).

Versucht man das Phänomen "Risiko" zu definieren, so ist damit die Möglichkeit eines Schadens oder Verlustes als Folge eines Ereignisses (z.B. Erdbeben) oder einer Handlung (z.B. Errichtung einer großtechnischen Anlage) verbunden (vgl. Jungermann/Slovic 1993). Aus der Unsicherheit künftiger Zustände wird aufgrund des potentiellen Eintretens eines Schadens der Wahrscheinlichkeitsfaktor abgeleitet.

Im Gegensatz zur Gefahr enthält das Risiko einen Aspekt von Entscheidungen.

Luhmann (1993) zufolge liegt ein Risiko dann vor, wenn ein potentieller Schaden wegen eines zu bestimmenden Vorteils in Kauf genommen wird. Es liegt also eine Abwägung im Verständnis einer Technikfolgenabschätzung vor. Die Risikobewertung ist mit Entscheidungen verknüpft, die eine Zurechnung von Gewinn, Verlust, Vor- und Nachteilen nach sich ziehen. Gefahren werden zum Risiko, sofern man eine Kenntnis über die zu erwarteten Folgen besitzt. Luhmann führt das Beispiel an, daß die Gefahr einer Erdbebenkatastrophe dann zum Risiko avanciert, sobald man sich im Erdbebengebiet niederläßt, und sich der Risiken bewußt ist.

Risikobeschreibungen entscheiden, so Lau (1991) u.a. über die Größe und Lokalisierung der Gruppe der Betroffenen, die intergenerative Betroffenheit durch Risiken, die Eintrittswahrscheinlichkeit von Gefährdungen und Katastrophen sowie die Kosten von Risiken. Dazu gehören nicht nur monetäre, sondern auch soziale Kosten, zu denen auch die Angst vor Risiken gerechnet werden kann.

Im Rahmen der Risikodebatte wird oftmals übersehen, daß gerade im individuellen zwischenmenschlichen Bereich erhebliche Risiken eingegangen werden, die als solche kaum reflektiert werden. Die Herauslösung des Menschen aus etablierten sozialstrukturellen und kulturellen Milieus haben einen fundamental anderen Blick auf Unsicherheit als in vormodernen Gesellschaften etabliert.

Risiken individueller Planungsentscheidungen

Bei individuellen biographischen Entscheidungen spielen wahrscheinlichkeitsgestützte rationale Entscheidungen in der Regel eine untergeordnete Rolle. Solche Einzelfallentscheidungen auf der Basis emotionaler Gefühlsregungen, die die Partnerwahl, Lebensform und den Kinderwunsch betreffen, bieten nur wenig gesicherte Bezugserwartungen. Solche riskanten Entscheidungen der eigenen Biographie werden nicht als rationale Entscheidung einer Kosten-Nutzen-Kalkulation auf Wahrscheinlichkeitsbasis getroffen, da die Entscheidungsfolgen nicht festgelegt und kaum prognostiziert werden können (vgl. Halfmann 1996).

In der Moderne haben Individualisierungsprozesse dazu geführt, daß riskante biographische Entscheidungen in den eigenen Zuständigkeitsbereich des Individuums fallen. Unter Individualisierung wird Beck (1986) zufolge eine Herauslösung aus historisch vorgegebenen Sozialformen und -bindungen hinsichtlich traditioneller Herrschafts- und Versorgungszusammenhänge verstanden (Freisetzungsdimension). Es ist ein Verlust an traditionellen Sicherheiten hinsichtlich leitender Normen und Glaubensvorstellungen (Entzauberungsdimension) zu verzeichnen sowie eine neue Art sozialer Wiedereinbindung (Kontroll- bzw. Reintegrationsdimension).

Individualisierungsprozesse in der Moderne beinhalten erhebliche Konsequenzen für die Familienentwicklung und Partnerschaftsprozesse. Beck-Gernsheim (1992) zufolge wird Individualisierung als ein gesellschaftlich-historischer Prozeß klassifiziert, aus dem sich neue Versorgungsbezüge entwickeln können, die zumindest im Privatleben stärker auf freiwilligen Arrangements basieren, obwohl berufliche Zwänge und Abhängigkeiten nach wie vor zu konstatieren sind. Diese Veränderung kann sowohl als Chance autonomer

Entscheidungsoptionen interpretiert werden; sie impliziert gleichzeitig den Verlust von klaren Ordnungsbezügen.

Durch die daraus resultierenden Entscheidungsfreiheiten ergeben sich zugleich riskante Entscheidungszwänge, die eine Wahl der Individuen in bezug auf ihre Lebensgestaltung erforderlich machen. Beck zeigt auf, daß die Biographie des einzelnen aus den vorgegebenen Fixierungen herausgelöst wird und dadurch der Anteil der Eigenverantwortung zunimmt. Der einzelne begreift sich als "Planungsbüro" individueller Entscheidungen, wodurch auch riskante Entscheidungen hinsichtlich des eigenen Lebenszusammenhangs "selbstreflexiv" erfolgen. Im familiären Kontext ergeben sich unterschiedliche Optionen, die unter der Bezeichnung "Pluralisierung der Lebensformen" subsumiert werden können (vgl. Schicha 1996). Die Individuen stehen zunächst vor einer offenen, ungewissen Zukunft und sind gezwungen, selbständig über biographische Veränderungen zu entscheiden. Es werden ihnen Perspektiven hinsichtlich ihrer Lebensgestaltung ermöglicht; sie sind jedoch zugleich Zwängen ausgesetzt, sich für eine bestimmte Lebensform zu entscheiden. Die Individuen sind in der Lage, ihre Biographie selbständig und ohne vorgegebene Glaubenssätze, Werte und Regeln zu gestalten, wobei dennoch ein Netzwerk von institutionellen Zwängen Einfluß nimmt. Individualisierungsprozesse sind von gesellschaftlichen Vorgaben und Rahmenbedingungen abhängig, die auf die Individuen einwirken und können nicht einseitig als eine Chance autonomer Selbstverwirklichung verstanden werden. Beck konstatiert, daß die Individualisierung ebenso einen Zwang bedeutet, die eigene Biographie unter den Bedingung der sozialstaatlichen Vorgaben im Rahmen des persönlichen Risikos selbständig zu gestalten. Becks These zufolge nimmt die menschliche Handlungsautonomie einen immer größeren Raum ein. Innerhalb der Risikogesellschaft begreifen sich die Akteure in ihrer Lebenswelt nicht mehr als "Marionettentheater eines allmächtigen Gottes", sondern die Welt wird durch menschliches Handeln als veränderbar begriffen, in der Strukturen durch Handeln bewußt zur Disposition gestellt werden.

Dennoch verspricht die Befreiung aus traditionellen Netzwerken keine absolute Freiheit und Handlungsautonomie. Nach wie vor existieren strukturelle Zwänge. Die gesellschaftliche Schichtzugehörigkeit beeinflußt nach wie vor die spezifischen Lebensvoraussetzungen und Wahloptionen.

Neben den Risiken der biographischen Planungsentscheidungen werden im folgenden Formen der risikospezifischen individuellen Lebensweise sowie kollektive Risiken diskutiert.

Risikotypen

Es lassen sich Renn (1991) zufolge unterschiedliche Risikotypen klassifizieren:

1. Kollektive (unfreiwillige) Risiken:

- Risiko als drohende Gefahr (Damoklesschwert). Dazu gehören u.a. großtechnische Einrichtungen, Kernkraftwerke und Chemieanlagen.
- Risiko als schleichende Gefahr (Büchse der Pandora). Als Beispiele fungieren das Waldsterben oder die Verseuchung der Gewässer.
- Risiko als Schicksalsschlag. Hierzu werden Naturereignisse wie Erdbeben oder Krankheiten gezählt, denen man nur bedingt ausweichen kann.

2. Individuelle (z.T. freiwillig gewählte) Risiken:

- Risiko als Glücksspiel. Darunter wird z.B. der Handel mit Aktien subsumiert.
- Risiko als Freizeitspaß. Hierbei sind riskante Sportarten wie das Bungeespringen angesprochen, die keinen direkten Nutzensgewinn nach sich ziehen. Hierbei steht der "Spaß an der Freud", das Bedürfnis nach einem "Kick" im Vordergrund der Akteure, die sich solchen Risiken freiwillig aussetzen.

3. Darüber hinaus sind weitere Risiken zu nennen:

- Risiko aus Lust und Bequemlichkeit. Dazu gehört die "unsolide Lebensweise" (u.a. ungesunde Ernährung, mangelnde Bewegung) aus der Krankheiten entstehen können.
- Risiko und Sucht. Hierzu wird die Einnahme von Drogen in Form von Alkohol, Zigaretten und Medikamenten gerechnet. Weitere Süchte, die keine Aufnahme von gefährlichen Substanzen nach sich ziehen, jedoch ebenso bedrohlich sein können, lassen sich exemplarisch anhand der "Spielsucht" oder der "Arbeitssucht (Workaholic)" aufzeigen. Von einer "freiwilligen" Risikobereitschaft kann ab einem gewissen Punkt dann nicht mehr gesprochen werden.
- Risiken zwischen Wagnis und sinnvollem Handeln. Hierbei ist eine Kopplung zwischen vermeintlich sinnvollen Tätigkeiten und der riskanten Durchführung gemeint. Als Beispiel fungiert das Motorradfahren, daß einerseits der Mobilität dient, andererseits erhebliche lebensbedrohliche Risiken nach sich zieht.
- Risiken der individuellen Lebensplanung. Darunter werden die bereits skizzierten biographischen Planungsentscheidungen im Hinblick auf die Partnerwahl u.s.w. subsumiert.

Die Aufzählung der skizzierten Bereiche verdeutlicht bereits die Reichweite und Komplexität von Risiken. Im folgenden sollen einige prägnante Merkmale der spezifischen Qualität der modernen Risikogesellschaft aufgezeigt werden.

Merkmale der Risikogesellschaft

Die Risikoproblematik wurde innerhalb der wissenschaftlichen Debatte zweifellos am prägnantesten durch das 1986 erschienene Buch von Ulrich Beck "Risikogesellschaft" reflektiert. Dieser Terminus steht in einer semantischen Konkurrenz zu einer Reihe wissenschaftlicher Begriffe, die zur Kennzeichnung der Moderne eingeführt worden sind. In Hinblick auf die funktional ausdifferenzierte Gesellschaft wird aus der jeweils spezifischen Perspektive von der "Industriegesellschaft", der "Organisationsgesellschaft", der "Informationsgesellschaft", der "Kommunikationsgesellschaft", "Erlebnisgesellschaft" oder "Inszenierungsgesellschaft" gesprochen.

In der "Risikogesellschaft" rücken nicht mehr die Naturkatastrophen sondern die vom Menschen selbst geschaffenen und zu verantwortenden Risiken ins Blickfeld der Debatte. Es hat sich die Auffassung durchgesetzt, daß die Gesellschaft zumindest in den mitteleuropäischen Industriegesellschaften weniger von natürlichen Gefahren, als von selbst erzeugten Risiken umgeben sind, da Naturkatastrophen in den mitteleuropäischen Breiten in der Regel einen geringeren Stellenwert einnehmen. Auf dieser Auffassung basierend gilt die Risikogesellschaft Beck zufolge als Gesellschaftsform, die sich mit den Herausforderungen der selbst geschaffenen Vernichtungsmöglichkeit konfrontiert sieht.

Aus dieser Einsicht folgen eine Reihe spezifischer Merkmale, die an diesem Punkt dargelegt werden. Zunächst umfaßt der hohe Wirkungsgrad moderner Risiken erhebliche räumliche und zeitliche Ausdehnungen. Atomare, gentechnisch und chemisch erzeugte Risiken unterlaufen klassenspezifische Möglichkeiten, ihnen auszuweichen. Diese Risiken können individuell nicht vermieden werden und sind durch nationale Abkommen nicht zu beseitigen. Insofern sind internationale Kooperationen innerhalb der Weltgefahrgesellschaft (Beck) unverzichtbar, um länderübergreifende Risikophänomene adäquat in den Griff zu bekommen. Die spezifische Qualität moderner Risiken sieht Beck (1986) darin, daß durch neue Technologien irreversible Schäden - exemplarisch sei nur die atomare Strahlung erwähnt - entstehen können, die auch zukünftige Generationen betreffen werden.

Eine Vielzahl der in der Moderne produzierten Risiken (z.B. Radioaktivität, Ozonloch, Boden- Luft- Wald und Wasservergiftung) sind der unmittelbaren Wahrnehmung entzogen. Es sind technische Apparaturen erforderlich, um ggf. Schäden darzustellen und damit der öffentlichen Diskussion zugänglich machen zu können. Die Bevölkerung ist in Hinblick auf diese Gefahren fremdwissenabhängig.

Die Risiken der Moderne sind wegen der Katastrophenpotentiale z.T. unkalkulierbar geworden und werden nicht versichert. Im Katastrophenfall eines nuklearen Unfalls würde der Staat die Haftung für die angerichteten Schäden tragen müssen, da Versicherungen für die Schäden eines atomaren Unfalls nicht aufkommen.

Durch die notwendigen Sicherheitsmaßnahmen vor den Risiken der Industriegesellschaft sieht Beck das politisch-demokratische System bedroht. Er vertritt die Auffassung, daß innerhalb der Risikogesellschaft die Tendenz zu einem Totalitarismus der Gefahrenabwehr vorherrscht, der sich dadurch legitimiert, die Bevölkerung zu schützen. Aufgrund der z.T. gravierenden industriellen Risiken befürchtet Beck zumindest in besonders sensiblen Kontexten eine Industrie hinter Gittern.

Zur Akzeptanz von Risiken

Kriterien für die Akzeptanz bzw. Nichtakzeptanz von Risiken liegen Hennen (1990) zufolge in der Bekanntheit des Risikos, der Freiwilligkeit der Risikoübernahme und der Schrecklichkeit der Folgen in Hinblick auf das katastrophische Potential.

Die Risikodebatte zeichnet sich durch einen hohen Grad an Irrationalität aus. Klingholz (1992) hat zu Recht auf die Widersprüchlichkeit menschlichen Verhaltens aufmerksam gemacht, indem er darauf hinwies, daß eine Reihe von Individuen es z.B. als unproblematisch erachten mit hoher Geschwindigkeit zigarettenrauchend im Auto über die Autobahn zu rasen, jedoch gleichzeitig über Pestizidspuren im Frühstücksjoghurt grübeln. Dieses Beispiel veranschaulicht sehr plastisch, wie inkonsequent Menschen in ihrer Lebenswelt agieren. Eine Erklärung dieses Phänomens liegt darin, daß selbstgeschaffene Risiken als weniger bedrohlich wahrgenommen werden als diejenigen, auf die kein direkter Einfluß genommen werden kann. Die hohe Akzeptanz freiwillig eingegangener Risiken steht in einem Kontrast zur Befürchtung, seltenen Krankheiten zum Opfer zu fallen. Unbekanntes wirkt bedrohlicher. Den riskanten und am häufigsten auftretenden Zivilisationskrankheiten wird wenig Beachtung geschenkt. Obwohl unsere Gesundheit allen Umfragen zufolge das höchste Gut darstellt, werden gravierende Risiken eingegangen, aus denen eine erhebliche Gefährdung für "Leib und Leben" folgt. Es werden in der Regel Risiken überschätzt, die seltener eintreten. So ist die Angst etwa vor einem Schlangenbiß oder einem Flugzeugabsturz weiter verbreitet als die tatsächlichen und häufigen Bedrohungen, die durch falsche Ernährungs- und Lebensgewohnheiten zu erwarten sind. Der Tod durch Bewegungsmangel, Übergewicht, falsche Ernährung und den Konsum von Zigaretten und Alkohol stellt eine weitaus größeres Risiko dar, als spektakuläre Horrorszenarien mit "Gruselfaktor".

Daß Menschen in diesem Kontext irrational denken und handeln, läßt sich durch das innerhalb der Psychologie bekannte Phänomen der kognitiven Dissonanz erklären. Dabei wird davon ausgegangen, daß Dinge nicht in Frage gestellt und kritisch reflektiert werden, bei denen ein Gewöhnungseffekt eingetreten ist. Auf die Risikoproblematik übertragen folgt daraus, daß liebgewonnene Lebensgewohnheiten wie das Autofahren im subjektiven Empfinden trotz des faktisch existierenden erheblichen Risikos in der eigenen Wahrnehmung kein großes Problem darstellen. Beim Autofahren hält man schließlich "das Steuer in der Hand" und wird dadurch zu der (falschen) Annahme geführt, daß die Risiken ebenfalls im eigenen Handlungsspielraum liegen. Da Verkehrsmittel wie das Flugzeug und der Zug von anderen Akteuren gesteuert werden, fühlt man sich einem höheren Risiko ausgesetzt, da in gefährlichen Situationen nicht selbst eingegriffen werden kann.

Neben dem Faktor der vermeintlichen Kontrolle durch eigenes Agieren suggeriert auch die Vertrautheit im Umgang mit Risiken ein Gefühl der Sicherheit und Beherrschbarkeit. Was über Jahre gut gegangen ist - so die falsche Vermutung - wird auch in Zukunft keine negativen Konsequenzen nach sich ziehen. Es trifft zwar zu, daß Routine und Übung - etwa beim Autofahren - Risiken minimieren können, gleichzeitig kann aufgrund der vorliegenden Erfahrung die (notwendige) Aufmerksamkeitsschwelle sinken, die dazu beiträgt, Unfälle zu vermeiden. Besonders monotone Arbeitsbereiche, wie etwa die Überwachung von technischen Anlagen, bergen erhebliche Risiken.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß der Aspekt der Freiwilligkeit und der Vertrautheit im Umgang mit Risiken dazu beitragen kann, Risiken nur unzureichend einzuschätzen und zu verdrängen. Die hohe Komplexität moderner Risiken erschwert allgemeingültige Empfehlungen. Grundsätzlich läßt sich konstatieren, daß ein risikoaversives Verhalten um so notwendiger ist, je größer die potentielle Bedrohung ausfällt. Selbst eine geringe Eintrittswahrscheinlichkeit legitimiert m.E. keine gravierenden Bedrohungen, sofern von katastrophalen Folgen ausgegangen werden kann.

Risikante Entscheidungen betreffen oftmals auch normative Fragen. Die Ethik als philosophische beschäftigt sich mit Strategien, das "gute Leben" voranzubringen und Benachteiligungen von Einzelnen oder Gruppen durch Normen, Leitbilder und Verhaltenskodizeß zu vermeiden.

Die Notwendigkeit zur Fundierung einer Risikoethik liegt darin, daß die möglichen irreversiblen Konsequenzen von menschlichen Handlungsoptionen heute eine neue Situation haben entstehen lassen, die eine neue Dimension verantwortlichen Handelns erfordert.

Der Grad des Katastrophenpotentials z.B. im Umgang mit der Kernenergie sorgt bereits dafür, daß eine Risikoethik im Industriezeitalter unverzichtbar ist, zumal bei zunehmender Komplexität komplexer Prozesse der Grad der Ungewißheit steigt.

Das zentrale Problem einer Risikoethik liegt zunächst darin, daß normative Urteile nicht aufgrund zweier konkreter Alternativen gefällt werden können, sondern zusätzlich der Faktor von unsicheren hypothetischen Annahmen eine Rolle bei riskanten Entscheidungen spielt. Der Unsicherheitsfaktor des "Nichtwissens", ob ein Risiko tatsächlich zu einem späterem Zeitpunkt einen Schaden oder eine Katastrophe nach sich zieht, bleibt bestehen. Die Aufgabe einer Risikoethik auf der Praxisebene liegt darin zu erkennen, welchen Arten von Risiken überhaupt drohen. Im Anschluß daran ist zu klären, ob unbekannte und unüberschaubare Risiken sich in bekannte und damit überschaubare Risiken überführen lassen. Dabei spielen biologische und physikalische Sicherheitsbestimmungen eine entscheidende Rolle. Es stellt sich die Frage, welche monetären, personalen, sozialen, kulturellen und ästhetischen Kosten entstehen dürfen, um riskante Entscheidungen zu legitimieren. Wenn sowohl die Art möglicher Schäden als auch die potentielle Eintrittswahrscheinlichkeit bekannt sind, ist abzuwägen, ob der zu erwartende Nutzen die spezifisch riskante Entscheidung rechtfertigt.

Wenn die Gesamtnutzenerwartung einer riskanten Entscheidung größer ist, als die Schadenserwartung, kann eine riskante Entscheidung gerechtfertigt sein. Dennoch stellt sich die Frage, in welchen Grenzen riskante Entscheidungen von vornherein nicht zulässig sind. Dabei spielt das Katastrophenpotential eine gewichtige Rolle. Eine atomare Katastrophe, die das Überleben der gesamten Menschheit gefährdet, stellt m.E. eine so große Bedrohung dar, daß der Umgang mit der Atomenergie grundsätzlich in Frage gestellt werden sollte, selbst wenn die Eintrittswahrscheinlichkeit eines Super-GAU aus statistischer Sicht sehr gering ist.

1.5.2 Ökologische Ethik

In der ökologischen Ethik geht es wie in allen Bereichen der Ethik darum, Normen aufzustellen und zu begründen, hier speziell im Hinblick auf den verantwortungsvollen Umgang mit der Natur.

Demzufolge soll auch die ökologische Ethik einen Beitrag zur Krisenbewältigung leisten, wobei eine Aufgabe darin besteht, die in ökologischen Diskussionen enthaltenen Normsetzungen, Werthaltungen und Einstellungen deutlich zu machen und diskursfähig zu gestalten.

Durch die ökologische Ethik kann das ökologische Bewußtsein der Menschen angesprochen werden, um eine Sensibilität für ökologische Probleme zu erzeugen. Dadurch wird versucht, zu einer Verhaltensänderung des Menschen hinsichtlich eines besseren Verhaltens zur natürlichen Umwelt hinzuwirken.

Pfriem (1990) ergänzt, daß auch in der ökologischen Ethik keine normativen Setzungen vorgegeben werden können. Vielmehr soll im ökologischen Diskurs ein gesellschaftlicher Wettbewerb von Normen, Werten, Leitbildern und Zukunftsentwürfen in Gang gesetzt werden.

Auf der Grundlage einer Übereinkunft hinsichtlich der Notwendigkeit einer ökologischen Ethik verfolgen die Philosophen verschiedene Ansätze, um ihre Inhalte zu begründen.

Das Modell der anthropozentrischen Umweltethik sieht vor, daß allein dem Menschen ein Eigenwert zukommt und nur Pflichten gegenüber anderen Menschen gerechtfertigt sind.

Die pathoszentrische Umweltethik hingegen gesteht allen leidensfähigen Lebewesen einen Eigenwert zu. Der pathoszentrische Ansatz wird auch von Birnbacher vertreten und findet besondere Berücksichtigung bei der Beantwortung der Frage, ob Tierversuche moralisch gerechtfertigt werden können oder nicht.

Daneben gibt es den biozentrischen Ansatz, der allen Lebewesen einen Eigenwert zuschreibt, also auch niedere Tiere und Pflanzen in den Bewertungsmaßstab einbezieht (vgl. Jonas 1984). Die am weitesten gehende Position wird in der holistischen Umweltethik vertreten (vgl. Meyer-Abich 1986), die auch dem Nichtlebendigen einen (wenngleich reduzierten) Eigenwert zuschreibt.

Die Anerkennung dieser vom holistischen Standpunkt postulierten Maxime würde zu einer Überforderung des Menschen führen, zudem ließe sie sich kaum begründen und verallgemeinern. Gleiches gilt auch für die biozentrische Position.

Zudem entsteht durch alle nicht anthropozentrischen Begründungen der "ökologischen Ethik" das Problem, daß die vom Menschen verursachten Umweltprobleme in der ethischen Betrachtung ausgeklammert bleiben, obwohl gerade sie den Anstoß gegeben haben, sich mit der ökologischen Ethik auseinanderzusetzen (vgl. Birnbacher 1991, S. 279). Die Kritik von Peter Ulrich (1989) an dieser Position besteht darin, daß das von Jonas postulierte "Eigenrecht der Natur" (Jonas 1984, S. 29) bei genauerer Betrachtung sich kaum durchsetzen wird.

Ulrich betont, daß es bei der Umweltproblematik nicht um den Umgang mit der unberührten Natur, sondern um den menschlichen Interessenskonflikt im Hinblick auf knappe oder bedrohte Umweltgüter geht.

1.5.3 Wirtschaftsethik

Es läßt sich feststellen, daß in den letzten Jahren eine Fülle an Veröffentlichungen, Tagungen und Institutionen zum Thema "Wirtschaftsethik" zu verzeichnen ist. Die Wirtschaftsethik besitzt bezüglich der Unternehmensethik eine übergeordnete Funktion, da sie neben dem wirtschaftlichen Handeln auch staatliches Handeln einbezieht (vgl. Höffe (Hg.) 1986³, S. 282). Aufgrund "ethischer Defizite" der Wirtschaft ist sie notwendig geworden. Einige Negativbeispiele liefern die Rheinchemie, die durch die Einbringung ihrer Giftstoffe in den

Rhein die Gewässer verschmutzte, und die Vielzahl der Lebensmittelskandale (vgl. Steinmann/Löhr 1988, S. 299).

Kieffer (1988) vergleicht die zunehmende Thematisierung ökologischer Probleme mit der sozialen Frage der gewerkschaftlichen Mitbestimmung.

Daher kann die Berücksichtigung der ökologischen und sozialen Nebenwirkungen wirtschaftlichen Handelns nur durch die Einbeziehung der Ethik gewährleistet werden (vgl. Kuhn 1990, S. 1f.).

Diese Auffassung teilt auch Ziegler, indem er der Wirtschaftsethik, als der Lehre vom "gutgemeinten und sachlich richtigen wirtschaftlichen Handeln", die Funktion zuschreibt, Regeln für die sparsame Verwendung knapper Mittel aufzustellen (vgl. Ziegler 1987, S. 14ff.).

Eine Aufgabe der Unternehmensethik besteht darin, Nebenwirkungen vorausschauend zu bemerken (vgl. Schauenburg 1991, S. 2) und sich mit Fragen der Güterabwägung bei konkurrierenden Ansprüchen auseinander zusetzen (vgl. Homann/Suchanek 1987, S. 102).

Dabei besteht die entscheidende Aufgabe der Wirtschaftsethik nicht darin, Moralprinzipien zu begründen und zu entwickeln, denen sich die Wirtschaft unterzuordnen hat, vielmehr soll im Sinne einer praktischen Handhabung dargelegt werden, wie ökonomische und moralische Normen miteinander vereinbart werden können (vgl. Meran 1987, S. 35).

Der Aspekt der Freiwilligkeit unternehmerischen Handelns bezüglich einer ethischen Orientierung wird von Lay (1989) formuliert.

"Das ethisch-orientierte Handeln besteht in einer zusätzlichen Leistung, die über die der Vertragsgerechtigkeit geforderte erbracht wird" (ebd., S. 16).

Darunter subsumiert Lay Umweltschutzmaßnahmen, die beispielsweise durch den Produktionsverzicht von ethisch nicht verantwortbaren Gütern zum Ausdruck kommen.

Aufgrund der negativen Effekte, die das Unternehmen verursacht, trägt es auch die Verantwortung für sein Handeln oder Unterlassen, auch wenn die negativen Konsequenzen etwa im Bereich der Luftverschmutzung oder bei der Lagerung von Abfällen erst für zukünftige Generationen zum Tragen kommen werden. In diesem Zusammenhang ist zu konstatieren, daß ethische Anforderungen, die darin bestehen, die Interessen zukünftiger Generationen stärker zu berücksichtigen, zu einer Überforderung der Akteure in der unternehmerischen Praxis führen können.

Dierkes und Zimmermann (1991) verweisen auf die Kategorien der sozial-ökonomischen Verantwortung der Unternehmen, die vom Committee for Economic Development bereits 1971 festgelegt wurden. Demnach umfaßt der innere Verantwortungsbereich sowohl die Erfüllung der ökonomischen Funktion als auch die Einhaltung der bestehenden Gesetze. Die zweite Stufe des Verantwortungsbereichs umfaßt die Berücksichtigung der negativen Effekte durch das Unternehmen. Als Beispiele nennen die Autoren die Verpflichtung, an der Beseitigung der Jugendarbeitslosigkeit mitzuwirken, sowie auf eine stärkere Integration von Frauen ins Management hinzuwirken (vgl. Dierkes/Zimmermann 1991, S. 21).

In der Übernahme der intentionalen Verantwortung für die Produkte und Dienstleistungen sieht Rebstock (1988) den entscheidenden Wert unternehmerischen Handelns. Daraus leitet er folgende Norm ab:

"Unternehmungen sollten ein Höchstmaß an Vertrauen in die von ihnen angebotenen Leistungen schaffen und dauerhaft rechtfertigen" (ebd., S. 155).

Die philosophische Disziplin der "Wirtschaftsethik" versucht, eine ethische Reflexion wirtschaftlichen Handelns zu bewerkstelligen. Sie geht davon aus, daß die pure Marktakzeptanz kein alleiniges Kriterium zur verantwortlichen Entscheidungsfindung darstellt.

Ökonomische Entscheidungen unterliegen unterschiedlichen koexistierenden Überzeugungen und Interessen. Wirtschaftlich-technisches Handeln kann ungewollte Nebenfolgen bewirken. Als zentrale Kategorien für moralisch-adäquates Wirtschaftshandeln werden u.a. die Verantwortung für Mensch und Umwelt sowie die Schonung knapper Ressourcen gefordert. Spezifische Besonderheiten der Wirtschaftsethik liegen darin, daß die bereits skizzierte Prinzipienorientierung der Ethik im ökonomischen Kontext durch eine Problemorientierung ergänzt werden sollte. Formale (universelle) und materielle (situative) Prinzipien werden in die Wirtschaftsethik integriert, um differenziert und situationsspezifisch entscheiden zu können.

Ebenen der Wirtschaftsethik

Insgesamt können drei Ebenen der Wirtschafts- bzw. Unternehmensethik unterschieden werden. Auf der Makroebene rücken das Tun und Unterlassen des Staates bzw. der Wirtschaftssysteme in den Blick, während auf der Mesoebene Unternehmen und Korporationen untersucht werden. Auf der Mikroebene schließlich werden Fragen des individuell richtigen Handelns im ökonomischen Lebensbereich problematisiert.

Ansätze

- Bei der Orientierung an "diskursethischen Prinzipien steht die rationale Konsensfindung, das Mitspracherecht und die Partizipation der Kunden und Mitarbeiter im Zentrum des Interesses. Das Ziel einer diskursiven Verfahrenskonzeption liegt darin, die "normative Kraft der kommunikativen Ethik" auf der politisch pragmatischen Ebene der Verbesserung der institutionellen und personellen Voraussetzungen rationaler Verständigungsprozesse zur Geltung zu bringen". Statt vorgefertigter Lösungen durch das Management sind Verständigungsprozesse vorgesehen.
- Der sozioökonomische Ansatz nach Etzioni - einem der bekanntesten Vertreter des "Kommunitarismus" (Gemeinwohlanatz) - problematisiert Handlungsmotive, die nicht nur den Eigennutz, sondern auch moralische Grundhaltungen und die Verinnerlichung von Werthaltungen zugrundelegen, um individuelle ethischer Kompetenzen zu fördern.
- Der pragmatischer Ansatz plädiert für eine Umsetzung in Hochschulausbildung und auf Unternehmensebene. Dabei wird die Entwicklung und von Fällen moralischen und unmoralischen Verhaltens analysiert. Fallsammlungen gängiger - moralisch fragwürdiger - Geschäftspraktiken sollen dazu führen, alternativer Konzepte zu entwickeln. Die Analyse akuter Einzelprobleme kann z.B. die Verpflichtung multiliberaler Konzerne gegenüber der dritter Welt reflektieren.
- Der sozialetische Ansatz versucht einen Ausgleich zwischen individueller Freiheit und sozialer Verantwortung zu schaffen. Der Fokus liegt hier bei dem Mensch als Sozialwesen, der sich dem Solidarprinzip verpflichtet fühlt.

Bereichsethiken innerhalb der Wirtschaftsethik

- Die "Marketingethik", bei normative Leitlinien der Werbung und Öffentlichkeitsarbeit einbezogen werden, sollen kommunikationspolitische Maßnahmen reflektiert werden. Das Marketing zielt auf das Verständnis der Umworbenen. Die Verantwortung für Produkt und Werbestrategie wird ebenso thematisiert wie die Legitimität ggf. nicht

vertretbarer Produkte. Die Kommunikationspolitik beschäftigt sich mit der Wahrheit von Werbebotschaften, und plädiert für die Wahrung des lautereren Wettbewerbes.

- Die "Managementethik" beschreibt das Dilemma zwischen unternehmerischen und moralischem Handeln, die ggf. widersprüchliche Ziele haben. Die Verantwortung für die Arbeitsplätze der eigenen Mitarbeiter kann dabei ebenso eine Rolle spielen, wie Selbstbeschränkungen im Bereich des freiwilligen Umweltschutzes. Eine Änderung von Geschäftspraktiken bei nicht akzeptablen Produkten kann sich u.U. daraus ergeben. Die Erhaltung von Arbeitsplätzen und die Rentabilität des Unternehmens können dabei in einen Zielkonflikt geraten.
- Innerhalb der "Führungsethik" erfolgt eine Evaluierung, welche Werte für Mitarbeiter verbindlich gemacht werden können. Die Identifizierung mit dem Unternehmen spielt dabei eine zentrale Rolle. Grundsätzlich ist der Abbau hierarchischer Strukturen vorgesehen.
- Die "Ethik ökonomischer Entscheidungsfindung" bezieht sich unter anderem auf das Handeln unter Risiko und rechnet mit unbekanntem Größen, Prognosen und Nebenwirkungen ökonomischen Handelns.

2. Literaturverzeichnis

- Alexy, R.: Eine Theorie des praktischen Diskurses, in: Oelmüller (Hg.) 1978, S. 22-68
- Altner, G.: Naturvergessenheit, Grundlagen einer umfassenden Bioethik, Darmstadt 1991
- Altner, G.; Mettler-Meibom, B.; Simonis, U.E.; von Weizsäcker, E.U. (Hg.): Jahrbuch Ökologie 1994, München 1993
- Altner, G.; M. Mettler-Meibom; U.E. Simonis, U.E. von Weizsäcker, E.U. (Hg.): Jahrbuch Ökologie 1995, München 1994
- Apel, H.; D. Dernbach; T. Ködelpeter; P. Weinbrenner (Hg.): Wege zur Zukunftsfähigkeit - ein Methodenhandbuch, Bonn 1998
- Apel, K.-O. (Hg.): Sprachpragmatik und Philosophie, Frankfurt am Main 1976
- Apel, K.-O.: Grenzen der Diskursethik, Versuch einer Zwischenbilanz, in: Zeitschrift für philosophische Forschung, Bd. 40, 1986. S. 3-31
- Apel, K.-O. (Hg.): Sprachpragmatik und Philosophie, Frankfurt am Main 1976
- Apel, K.-O.: Transformation der Philosophie. Band II, Das Apriori der Kommunikationsgemeinschaft, Frankfurt am Main 1988⁴
- Apel, K.-O.; D. Böhler: (Hg.) Funkkolleg Praktische Philosophie/Ethik, Studienbegleitbrief 8, Weinheim/ Basel 1981
- Avenarius, H.: Die Ethik des Kommunizierens, in: PR-Magazin 9/1991, S. 31-38
- Balfanz, D.: Öffentlichkeitsarbeit öffentlicher Betriebe, München 1983
- Banse, G. (Hg.): Risikoforschung zwischen Disziplinarität und Interdisziplinarität, Von der Illusion der Sicherheit zum Umgang mit Unsicherheit, Berlin 1996
- Banse, G.: Herkunft und Anspruch der Risikoforschung, in: Banse (Hg.) 1996, S. 15-72
- Banse, G.: IT-Sicherheit im Spiegel der aktuellen Risikodiskussion - die philosophisch-technikgeschichtliche Bündelung, in: Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (Hg.) 1996, S. 128-150
- Barben, D.; M. Dierkes: Wirtschaftsethik, Unternehmenskultur und Technikfolgenabschätzung- Orientierungsgrundlagen für die tägliche Praxis?, in: Dierkes/ Zimmermann (Hg.) 1991, S. 205-240
- Bargen, J. von: Public Relations 2000, Die Öffentlichkeitsarbeit im Unternehmen auf dem Weg zu einem neuen Selbstverständnis, in: PR-Magazin 11/1987, S. 25-29
- Barthenheimer, G.: Zur Notwendigkeit von Öffentlichkeitsarbeit - Ansätze und Elemente zu einer allgemeinen Theorie der Öffentlichkeitsarbeit, in: Haedrich/Barthenheimer/Kleinert (Hg.) 1982, S. 15-26

- Bauerschmidt, R.: Hauptursache: Energieproduktion, in: Simonis (Hg.). 1990², S. 40-50
- Bayertz, K. (Hg.): Praktische Philosophie, Grundorientierungen angewandter Ethik, Reinbek 1991
- Bayertz, K. (Hg.): Politik und Ethik, Stuttgart 1996
- Bayrische Rück (Hg.): Risiko ist ein Konstrukt, Wahrnehmungen zur Risikowahrnehmung, München 1993
- Beauchamp, T. L.; J. F. Childress: Principles of biomedical ethics, Oxford 1989
- Bechmann, G. (Hg.): Risiko und Gesellschaft, Grundlagen und Ergebnisse interdisziplinärer Risikoforschung, Opladen 1993
- Bechmann, G.: Risiko als Schlüsselkategorie in der Gesellschaftstheorie, in: Bechmann (Hg.) 1993, S. 237-276
- Beck, U. (Hg.): Politik in der Risikogesellschaft, Frankfurt am Main 1991
- Beck, U.: Risikogesellschaft, Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt am Main 1986
- Beck-Gernsheim, E.: Arbeitsteilung, Selbstbild und Lebensentwurf, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 44, H. 2/1992, S. 273-291
- Becker, U.: Risikowahrnehmung der Öffentlichkeit und neue Konzepte unternehmerischer Risikokommunikation, in: Bayrische Rück (Hg.) 1993, S. 343-359
- Bievert, B.; K. Held; J. Wieland (Hg.): Sozialphilosophische Grundlagen ökonomischen Handelns, Frankfurt am Main 1990
- Bievert, B.; M. Held (Hg.): Ökonomische Theorie und Ethik, Frankfurt am Main 1987
- Birnbacher, D. (Hg.): Ökologie und Ethik, Stuttgart 1980
- Birnbacher, D.: Mensch und Natur, Grundzüge der ökologischen Ethik, in: Bayertz (Hg.) 1991, S. 278-321
- Birnbacher, D.: Verantwortung für zukünftige Generationen, Stuttgart 1988
- Birnbacher, D.; N. Hoerster (Hg.): Texte zur Ethik, München 1984⁵
- Birnbacher, D.; C. Schicha: Vorsorge statt Nachhaltigkeit - ethische Grundlagen der Zukunftsverantwortung, Berlin 1996, in: Kastenholz/Erdmann/Wolff (Hg.) 1996, S. 141-156
- Blickle, G.: Kommunikationsethik im Management, Stuttgart 1994
- Böckle, F.: Individualethik und Ethik institutionellen Handelns: Verantwortung des einzelnen und des Unternehmers, in: Dierkes/ Zimmermann (Hg.) 1991, S. 112-127
- Bölsche, J.: Dritter Weltkrieg gegen die Natur, in: Spiegel Special 2/1995: Ökobilanz 1995, Wege aus der Umweltkrise, S. 10-14
- Bonß, W.: Die Rückkehr der Unsicherheit. Zur gesellschaftstheoretischen Bedeutung des Risikobegriffs, in: Banse (Hg.) 1996, S. 166-184
- Bosselmann, K7.: Im Namen der Natur, Der Weg zum ökologischen Rechtsstaat, München 1992
- Brand, K. W.; K. Eder; A. Poferl: Ökologische Kommunikation in Deutschland, Opladen 1997
- Braun, G.: Nachhaltigkeit, was ist das?, Definitionen, Konzepte, Kritik, in: Stockmann/Gaebe (Hg.) 1993, S. 25-42
- Brenck, A.: Moderne umweltpolitische Konzepte: Sustainable Development und ökologisch-soziale Marktwirtschaft, in: Zeitschrift für Umweltpolitik und Umweltrecht 4/1992, S. 379-413
- Bringezu, S.; H. Schütz, H.: Ein Mass für die Zukunft, in: Passage 2/1994, S. 57-69
- Brown, L.; C. Flavin: Lebenszeichen: Die Gefährdungen nehmen zu, in: Worldwatch Institute Report 1988, S. 13-46
- Brown, L.; S. Postel; C. Flavin: Vom Wachstum zu einer tragfähigen Entwicklung, in: Goodland/Daly/ElSerafy/Droste (Hg.) 1992, S. 95-101
- Brown-Weiss, E.: Plädoyer für einen ökologischen Generationenvertrag, in: Altner/Mettler-Meibom/Simonis/von Weizsäcker (Hg.) 1993, S. 31-36

- Brumlik, M.: Über die Ansprüche Ungeborener und Unmündiger, Wie advokatorisch ist die diskursive Ethik, in: Kuhlmann (Hg.) 1986, S. 265-300
- Buchholz, W.: Intergenerative Gerechtigkeit und erschöpfbare Ressourcen, Berlin 1984
- BUND/MISEREOR (Hg.): Zukunftsfähiges Deutschland, Eine Studie des Wuppertal Instituts, Basel, Boston, Berlin 1996
- Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (Hg.): Wie gehen wir künftig mit den Risiken der Informationsgesellschaft um? Interdisziplinärer Diskurs zu querschnittlichen Fragen der IT-Sicherheit, Bonn 1996
- Bundesverband junger Unternehmer (B.J.U) (Hg.): Handbuch für wirtschaftliches Umweltmanagement im Unternehmen, Köln 1989
- Burkart, R; S. Probst: Verständigungsorientierte Öffentlichkeitsarbeit: eine kommunikationstheoretisch begründete Perspektive, in: Publizistik 1/1991, S. 56-76
- Busch-Lüthy, C.: "Ökonomie und Natur"- Beratungsrunde in Tutzing, in: Busch-Lüthy/Dürr/Langer (Hg.) 1990, S. 6-9
- Busch-Lüthy, C.: Nachhaltigkeit als Leitbild des Wirtschaftens, in: Busch-Lüthy/Dürr/Langer (Hg.) 1992, S. 6-12
- Busch-Lüthy, C.: Ökonomie als Lebenswissenschaft, Der Paradigmawechsel zum Nachhaltigkeitsprinzip als wissenschaftstheoretische Herausforderung, in: Busch-Lüthy/Joachimsen/Knoblauch/Seidl 1994, S. 12-16
- Busch-Lüthy, C.: Tutzing II - ein Resümee, in: Busch-Lüthy/Dürr/Langer (Hg.) 1992, S. 46-50 (a)
- Busch-Lüthy, C.; H.P. Dürr, H.P.; H. Langer (Hg.): Ökologisch nachhaltige Entwicklung von Regionen, Beiträge, Reflexionen und Nachträge, Tutzing Tagung 1992, "Sustainable Development- aber wie?", Politische Ökologie, Sonderheft 4, September 1992
- Busch-Lüthy, C.; H.P. Dürr; H. Langer (Hg.): Ökologisch nachhaltige Entwicklung von Regionen, Beiträge, Reflexionen und Nachträge, Tutzing Tagung 1992, "Sustainable Development- aber wie?", Politische Ökologie, Sonderheft 4, September 1992
- Busch-Lüthy, C.; H.P. Dürr; H. Langer (Hg.): Die Zukunft der Ökonomie: Nachhaltiges Wirtschaften, Beiträge, Berichte und Anstöße aus der Tutzing Tagung "Ökonomie und Natur" 1990, Politische Ökologie, Sonderheft 1, September 1990
- Busch-Lüthy, C.; M. Joachimsen; U. Knoblauch; I. Seidl: Vorsorgendes Wirtschaften, Frauen auf dem Weg zu einer Ökonomie der Nachhaltigkeit, Politische Ökologie, Sonderheft 6/1994
- Büscher, M.: Spannungsfelder der Wirtschaftsethik. Überlegungen zu gegensätzlichen Grundstrukturen, St. Gallen 1990
- Chakraborty, S.; G. Yadigaroglu (Hrsg.): Ganzheitliche Risikobetrachtungen, Technische, ethische und soziale Aspekte, Köln 1991
- Compare, A.: Risikokommunikation als Machtproblem, Frankfurt am Main 1995
- Costanza, R. (ed.): Ecological Economics, New York 1991
- Costanza, R.: Ökologisch tragfähiges Wirtschaften: Investieren in natürliches Kapital, in: Goodland/Daly/El Serafy/Droste (Hg.) 1992, S. 85-93
- Cremer, W.; A. Klein (Hg.): Umbrüche in der Industriegesellschaft, Herausforderungen für die politische Bildung, Opladen 1990
- Daly, H.E.: Sustainable Development, Grundzüge einer nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung, in: Oikos (Hg.) 1992, S. 1-4
- Daly, H.E.: Sustainable Development, Grundzüge einer nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung, in: Oikos (Hg.) 1992, S. 1-4
- Daniels, A.; H.O. Eglau; F. Vorholz: "Wir waren zu patriotisch", Zeit-Gespräch mit Jürgen Dormann, in: Die Zeit Nr. 30 vom 22.7.1994, S. 17
- Deutsche Public Relations-Gesellschaft e.V. (DPRG) (Hg.): Kommunikation zwischen den Generationen, 25 Jahre DPRG, Bonn 1983

- Deutsches Institut für Fernstudienforschung an der Universität Tübingen (Hg.): Funkkolleg Technik, Studienbrief 2, Tübingen 1994
- Dienel, Peter C.: Die Planungszelle, Opladen 1978
- Dierkes, M.; K. Zimmermann (Hg.): Ethik und Geschäft, Dimensionen und Grenzen unternehmerischer Verantwortung, Frankfurt am Main 1991
- Droste, H.W.: PR-Analyse Schema für die Praxis des PR-Beraters auf der Grundlage funktionalistischer Betrachtung, Wiesbaden 1989
- Dürr, H.-P.: Ökologische Kultivierung der Ökonomie, in: Busch-Lüty/Dürr/Langer (Hg.) 1992, S. 57-62
- Dyllik, T.: Ökologisch bewußte Unternehmensführung. Der Beitrag der Managementlehre, St.Gallen 1989
- Dyllik-Brenzinger, T.; D. Rufer: Handlungsbedarf für das normative und strategische Management, in: Oikos (Hg.) 1992, S. 1-3
- Eblinghaus, H.; A. Stickler: Nachhaltigkeit und Macht, Zur Kritik von Sustainable Development, Frankfurt am Main 1996
- Ekins, P.: Grundorientierungen auf dem Weg zur Nachhaltigkeit, in: Sachs (Hg.) 1994, S. 153-172
- Endres, A.: A Sketch on "Sustainability", in: Zeitschrift für Umweltpolitik und Umweltrecht 2/193, S. 177-183
- Endrukaitis-Tschudi, E.; R. Hermle: Zukunftsfähiges Deutschland, in: Politische Ökologie 39/1994, S. 35
- Famula, G. E.: Zahnrad in Blüte? Wie weit geht umweltorientiertes Management im Europäischen Umweltjahr 1987, in: Freimann/Pfriem (Hg.) 1988, S. 50-61
- Fehige, C.; G. Meggle (Hg.): Zum moralischen Denken, 2 Bde., Frankfurt am Main 1995
- Feinberg, J.: Die Rechte der Tiere und zukünftiger Generationen, in: Birnbacher (Hg.) 1980, S. 140-179
- Flieger, H.: Public Relations Studium an Universitäten, Wiesbaden 1984
- Frankena, W. K.: Analytische Ethik, München 1986⁴
- Freimann, J.; R. Pfriem (Hg.): Ökologische Betriebswirtschaftslehre und -Praxis?, Berlin 1988
- Fuchs, R.; H. W. Kleindiek: Öffentlichkeitsarbeit heute, Bochum 1984
- Garbe, D.; M. Hoffmann: Soziale Urteilsbildung und Einstellungsänderung in Planzellen, Wuppertal 1988
- Geißler, H. (Hg.): Unternehmensethik, Managementverantwortung und Weiterbildung, Berlin 1997
- Gege, M.: Möglichkeiten und Schwierigkeiten bei der Einführung eines offensiven Umweltmanagements in der betrieblichen Praxis, in: Pieroth/Wicke (Hg.) 1988, S. 75-94
- Gert, B.: Die moralischen Regeln, Eine neue rationale Begründung der Moral, Frankfurt am Main 1983
- Glaeser, G. (Hg.): Humanökologie, Grundlagen präventiver Umweltpolitik, Opladen 1989
- Glagow-Schicha, L. u.a. (Hg.): Für Ada, Maria und andere Mädchen, IKÖ-Diskussionsforum, Bd. 1, Duisburg 1997
- Goodland, R.; H. Daly; S. El Serafy; B.v.Droste (Hg.): Nach dem Brundtland-Bericht: Umweltverträgliche Wirtschaftliche Entwicklung, Bonn 1992
- Grießhammer, R.: Umweltziele notwendig, in: Politische Ökologie 39/1994, S. 30-33
- Grossmann, W.D.: Nachhaltige Wirtschaftsweise und physische Ökonomie, in: Busch-Lüty/Dürr/Langer (Hg.) 1990, S. 28-29
- Günther, K.: Neue Konzepte in der Verpackungsindustrie - Das B+K-Ökologiekonzept, in: Steinmann/Löhr (Hg.) 1989, S. 397-414
- Günther, R.; G. Winter: Umweltbewußtsein und persönliches Handeln, Weinheim, Basel 1986

- Habermas, J.: Was heißt Universalpragmatik?, in: Apel (Hg.) 1976, S. 174-273
- Habermas, J.: Moralbewußtsein und kommunikatives Handeln, Frankfurt am Main 1983
- Habermas, J.: Theorie des Kommunikativen Handelns, Bd.1, Frankfurt am Main, 1985³
- Habermas, J.: Moralität und Sittlichkeit. Treffen Hegels Einwände gegen Kant auf die Diskursethik zu?, in: Kuhlmann (Hg.) 1986, S. 16-37
- Habermas, J.: Strukturwandel der Öffentlichkeit, Darmstadt/Neuwied 1987¹⁷
- Haedrich, G.; G. Barthenheier; H. Kleinert (Hg.): Öffentlichkeitsarbeit, Dialog zwischen Institution und Gesellschaft, Berlin, New York 1982
- Halbritter, G.: Meßlatte für den Erfolg, Umweltindikatoren als notwendiges Instrument zur Erreichung einer dauerhaft-umweltgerechten Entwicklung, in: Politische Ökologie 39/1994, S. 34-47
- Halfmann, J.: Makrosoziologie der modernen Gesellschaft, Weinheim, München 1996
- Haller, M.; J. Markowitz: Das Problem mit der Ethik im Risiko-Dialog - Konkretisierung am Beispiel der Versicherung, in: Ruh/Seiler (Hg.) 1993, S. 171-196
- Halley, H.: Ökologische Unternehmensführung durch Öko-Controlling, in: Infotech 2/1990, S. 13-18
- Hampicke, U.: Ökologische Ökonomie, Individuum und Natur in der Neoklassik, Natur in der ökonomischen Theorie: Teil 4, Opladen 1992
- Harborth, H.-J.: Dauerhafte Entwicklung statt globaler Selbstzerstörung, Eine Einführung in das Konzept des "Sustainable Development", Berlin 1991
- Harborth, H.-J.: Die Diskussion um dauerhafte Entwicklung (Sustainable Development): Basis für eine umweltorientierte Entwicklungspolitik?, in: Hein (Hg.) 1992², S. 37-65
- Hauff, V. (Hg.): Unsere gemeinsame Zukunft, Der Brundtland-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung, Grevén 1987
- Hauser, R.; Renate Schwarzbauer: Innenansicht, Führungskräfte auf der Suche nach Ethik, in: Capital 4/1987, S. 284-286
- Hein, W. (Hg.): Umweltorientierte Entwicklungspolitik, Hamburg 1992²
- Heinz, B. (Hg.): Öko-Marketing, Berlin 1988
- Hennen, L.: Risiko-Kommunikation: Informations- und Kommunikationstechnologien, in: Jungermann/Rohrman/Wiedemann (Hg.) 1990, S. 209-258
- Henning, R.: Nachhaltswirtschaft. Der Schlüssel für Naturerhaltung und menschliches Überleben, Quickborn 1991
- Hillmann, K.-H.: Umweltkrise und Wertewandel, Die Umwertung der Werte als Strategie des Überlebens, Frankfurt am Main 1981
- Hinterberger, F.; M.J.Welfens: Ökologischer Strukturwandel, Wissenschaftlichkeit Forschungsbedarf für eine zukunftsfähige Entwicklung, in: Wuppertal Papers Nr. 6, November 1993
- Hobbensiefken, G.: Ökologieorientierte Volkswirtschaftslehre, München 1989
- Hoerster, N.: Ethik und Moral, in: Birnbacher/Hoerster (Hg.) 1984⁵, S. 9-22
- Hoerster, N.: Ethik, Wissenschaftliche Begründung der Ethik, in: Speck (Hg.) 1980, S. 195-196
- Hoff, A.; B. Strümpel: Unternehmen und Gesellschaft, in: Haedrich/Barthenheimer/Kleinert (Hg.) 1982, S. 35-52
- Höffe, O.: Lexikon der Ethik, München 1986³
- Höffe, O.: Strategien der Humanität, Freiburg u.a. 1975
- Homann, K.; A. Suchanek: Wirtschaftsethik - Angewandte Ethik oder Beitrag zur Grundlegendiskussion?, in: Biervert/Held (Hg.) 1987, S. 101-121
- Honneth, A.: Diskursethik und implizites Gerechtigkeitskonzept, in: Kuhlmann (Hg.) 1986, S. 183-193

- Hopfenbeck, W.: Allgemeine Betriebswirtschafts- und Managementlehre, Landsberg/Lech 1989
- Horster, D.: Recht und Moral: Analogien, Komplementaritäten und Differenzen, in: Zeitschrift für philosophische Forschung, H. 3/1997, S. 367-389
- Immler, H.: Dauerhafte Entwicklung. Nachhaltiges Wirtschaften als neue Strategie der Ökonomie?, in: Roth/Sander (Hg.) 1992, S. 11-23 (a)
- Institut für sozial-ökologische Forschung (Hg.): (Informationsheft,[o.J.]
- Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (Hg.): Schritte zum nachhaltigen Unternehmen - Erfahrungen und Konzepte aus zehn Ländern, Tagung vom 8./9. Mai 1996 in Hannover, Berlin 1996
- Joerger, G.: Öffentlichkeitsarbeit, Stuttgart u.a. 1975
- Jonas, H.: Das Prinzip Verantwortung, Frankfurt am Main 1984
- Jung, H.: Unternehmensexterne Öffentlichkeitsarbeit, in: Haedrich/Barthenheimer/Kleinert (Hg.) 1982, S. 105-110
- Jungermann, H.; B. Rohrman; P.M. Wiedemann (Hrsg.): Risiko-Konzepte, Risiko-Konflikte, Risiko-Kommunikation, Jülich 1990
- Jungermann, H.; P. Slovic: Charakteristika individueller Risikowahrnehmung, in: Krohn/Krücken (Hg.) 1993, S. 79-100
- Kanatsching, D.; Schlachtner, O.: Nachhaltige Entwicklung in Oberösterreich: Ein innovatives Konzept, in: Altner/Mettler-Meibom/Simonis/von Weizsäcker 1994, S. 262-268
- Kant, I.: Grundlegung zur Metaphysik der Sitten, Stuttgart 1961
- Kapp, K. W.: Soziale Kosten in der Marktwirtschaft, Frankfurt am Main 1988
- Karl, H.: Nachhaltiges Wirtschaften in Markt und Demokratie, in: Zeitschrift für angewandte Umweltforschung, Jg. 5/1992, H.4, S. 555-559
- Kastenholz, H.G.; Erdmann, K.-H.; M. Wolf (Hg.): Nachhaltige Entwicklung, Zukunftschancen für Mensch und Umwelt, Berlin u.a. 1996
- Kasthofer, K.A.: Bemerkungen über Wälder und Auen des Bernischen Hochgebirges, Aarau 1818
- Kavka, G.: The Futury Problem, in: Partridge (ed.) 1981, S. 109-122
- Keating, M.: Agenda für eine nachhaltige Entwicklung, Genf 1993
- Kleindiek, H.W.: Praxisnahe Strategien gefragt, Konsens und Public Relations, in: PR-Magazin 5/1987, S. 27-38
- Klenk, V.: Krisen-PR mit Hilfe von Krisenmodellen, in: PR-Magazin 2/1989, S. 29-36
- Klingholz, R.: Der Mensch, das unbedachte Wesen, in: Geo-Wissen Nr. 1 vom 2.3.1992, S. 24-28
- Klöpfer, M.: Nachhaltigkeitsfähige Demokratie; Perspektiven für die demokratische Grundordnung, in: Oikos (Hg.) 1992, S. 10-12
- Kluge, T.; E. Schramm: Nachhaltigkeit konkret, Der Aktionsplan der niederländischen Umweltorganisation 'Milieudefensie', in: Wechselwirkung, Jg. 16/1994, S. 36-40
- Koller, P.: Freiheit als Problem der politischen Philosophie, in: Bayertz (Hg.) 1996, S. 111-138
- König, E.: Normenbegründung und ihre Anwendbarkeit, in: Oelmüller (Hg.) 1978, S. 154-158
- Königswieser, R.; P. Maas u.a. (Hg.): Risiko-Dialog, Zukunft ohne Harmonieformel, Köln 1996
- Kopfmüller, J.: Die Idee einer zukunftsfähigen Entwicklung, in: Wechselwirkung, Jg. 15/1993, S. 4-8
- Kornwachs, Klaus: Risiko versus Zuverlässigkeit, in: Banse (Hg.) 1996, S. 73-82
- Kreibich, R.; H. Rogall; H. Boes (Hg.): Ökologisch produzieren, Zukunft der Wirtschaft durch umweltfreundliche Produkte und Produktionsverfahren, Weinheim und Basel 1991
- Kreikebaum, H.: Grundlagen der Unternehmensethik, Stuttgart 1996

- Krohn, W.; G. Krücken (Hg.): Riskante Technologien, Reflexion und Regulation, Frankfurt am Main 1993
- Krohn, W.; G. Krücken: Risiko als Konstruktion von Wirklichkeit. Eine Einführung in die sozialwissenschaftliche Risikoforschung, in: Krohn/Krücken (Hg.) 1993, S. 9-44
- Krüger, J.; S. Ruß-Mohl (Hg.): Risikokommunikation, Technikakzeptanz, Medien und Kommunikationsrisiken, Berlin 1991
- Kuhlmann, W. (Hg.): Moralität und Sittlichkeit, Frankfurt am Main 1986
- Kuhlmann, W.: Prinzip Verantwortung versus Diskursethik, in: Archivio di Filosofia, Jg. LV, 1987, No 1-3, S. 89-116
- Kuhlmann, W. (Hg.): Moralität und Sittlichkeit, Frankfurt am Main 1986
- Kuhn, T.: Unternehmensführung in der ökologischen Krise. Überlegungen zu einer Dichotomisierung "umwelt"bewußten Managements, St. Gallen 1990
- Lau, C.: Neue Risiken und gesellschaftliche Konflikte, in: Beck (Hg.) 1991, S. 248-265
- Lay, R.: Ethik für Manager, Düsseldorf 1989
- Leipert, C.: Die heimlichen Kosten des Fortschritts, Wie Umweltzerstörung das Wirtschaftswachstum fördert, Frankfurt am Main 1989
- Leipert, C.: Ökologische Ökonomie, in: Cremer/Klein (Hg.) 1990, S. 37-49
- Leipert, C.: Versteckte Kosten des Wachstums - Defizite des herkömmlichen Wachstums- und Einkommensbegriffes aus ökologischer Sicht, in: Österreichische Kommunalkredit Aktiengesellschaft (Hg.) 1989, S. 35-46
- Leist, A.: Intergenerative Gerechtigkeit, Verantwortung für zukünftige Generationen, hohes Lebensalter und Bevölkerungsexplosion, in: Bayertz (Hg.) 1991, S. 322-360
- Lenk, H.; Matthias Maring: Wirtschaft und Ethik, Stuttgart 1992
- Lenk, H.: Einführung in die angewandte Ethik, Verantwortlichkeit und Gewissen, Stuttgart u.a. 1997
- Luhmann, N.: Die Moral des Risikos und das Risiko der Moral, in: Bechmann (Hg.) 1993, S. 327-338
- Luhmann, N.: Ökologische Kommunikation. Kann die moderne Gesellschaft sich auf ökologische Gefahren einstellen?, Opladen 1988²
- Lüscher, K.; M. Wehrspaun: Medienökologie: Der Anteil der Medien an unserer Gestaltung der Lebenswelten, in: Zeitschrift für Sozialforschung und Erziehungssoziologie, Heft 2/ 1985, S. 187-204
- Mackie, J.L.: Ethik, Auf der Suche nach dem Richtigen und dem Falschen, Stuttgart 1981
- Mai, D.: Nachhaltigkeit und Ressourcennutzung, in: Stockmann/Gaebe (Hg.) 1993, S. 97-122
- Martin, C.: Caring for the Earth, Eine Strategie zur Integration von Umwelt und Entwicklung, in: Oikos (Hg.) 1992, S. 8-9
- McCarthy, T.: Kritik der Verständigungsverhältnisse, Frankfurt am Main 1989
- Meadows, D.H.; D.L. Meadows; J. Randers: Die neuen Grenzen des Wachstums, Die Lage der Menschheit: Bedrohung und Zukunftschancen, Stuttgart 1992
- Meadows, D.: Die Grenzen des Wachstums, Bericht des Clubs of Rome zur Lage der Menschheit, Stuttgart 1972
- Meffert H.; M. Kirchgeorg: Das neue Leitbild Sustainable Development - der Weg ist das Ziel, in: Harvard Business Manager 2/1993, S. 34-45
- Meffert, H.; H. Ostmeier; M. Kirchgeorg: Ökologisches Marketing - Ansatzpunkte einer umweltorientierten Unternehmensführung, in: Heinz 1988, S. 2-49
- Meffert, H.; M. Blankenstein; F. Schubert: Umweltschutz und Unternehmensverhalten, in: Harvard Manager 2/1987, S. 32-39
- Meier, W.A.: Risiko-Kommunikation und Katastrophen: Herausforderungen für Medien und Wirtschaftsunternehmen, in: Meier/Schanne (Hg.) 1996, S. 121-142

- Meier, W.A.; M. Schanne (Hg.): Gesellschaftliche Risiken in den Medien: Zur Rolle des Journalismus bei der Wahrnehmung und Bewältigung gesellschaftlicher Risiken, Zürich 1996
- Meller, E.: Unternehmen als Träger des umweltpolitischen Fortschritts, in: Wagner (Hg.) 1990, S. 58-66
- Meran, J.: Der Beitrag der Philosophie zu einer zeitgemäßen Wirtschaftsethik, in: Pridat/Meran/ Zundel 1987, S. 20-46
- Mettler-Meibom, B.: Soziale Kosten in der Informationsgesellschaft, Frankfurt am Main 1987
- Meyer, T.; S. Miller (Hg.): Zukunftsethik und Industriegesellschaft, München 1986
- Meyer-Abich, K.M.: Wege zum Frieden mit der Natur, München 1986
- Mill, J. S.: Der Utilitarismus, Stuttgart 1976
- Minsch, J.: Nachhaltige Entwicklung, Idee - Kernpostulate, Ein ökologisch-ökonomisches Referenzsystem für eine Politik des ökologischen Strukturwandels in der Schweiz, IÖW-Diskussionsbeitrag Nr. 14, St. Gallen 1993
- Molitor, B.: Wirtschaftsethik, München 1989
- Nennen, H.-U.: Ökologie im Diskurs, Opladen 1991
- Nida-Rümelin, J. (Hg.): Angewandte Ethik, Die Bereichsethiken und ihre theoretische Fundierung, Stuttgart 1996
- Nida-Rümelin, J.: Ethik des Risikos, in: Nida-Rümelin (Hg.) 1996, S. 806-831
- Nida-Rümelin, J.: Ethik und Umwelt, in: Walletschek/Graw (Hg.) 1990², S. 84-92
- Nida-Rümelin, J.: Kann der Erzengel die Konsequentialismus-Kritik entkräften, in: Fehige/Meggle (Hg.) 1995, Bd. 2, S. 42-51
- Nida-Rümelin, J.: Theoretische und angewandte Ethik: Paradigmen, Begründungen, Bereiche, in: Nida-Rümelin (Hg.) 1996, S. 2-85
- Nil, B.: Ansätze zum Handeln, Auf dem Weg zu einer nachhaltigen Wirtschaftsweise: Überlegungen eines Wirtschaftspraktikers, in: Busch-Lüty/Dürr/Langer (Hg.) 1990, S. 57-59
- Nutzinger, H.G. (Hg.): Nachhaltige Wirtschaftsweise und Energieversorgung, Marburg 1995
- Nutzinger, H.G.; V. Radke: Das Konzept der nachhaltigen Wirtschaftsweise: Historische, theoretische und politische Aspekte, in: Nutzinger (Hg.) 1995, S. 13-50
- o.V.: Code d' Athene, internationale Richtlinien für die Öffentlichkeitsarbeit, in: PR-Magazin 4/1978, S.
- Oeckl, A.: PR-Praxis: Der Schlüssel zur Öffentlichkeitsarbeit, Düsseldorf, Wien 1976
- Oelmüller, W. (Hg.): Normen und Geschichte, Paderborn u.a. 1979
- Oelmüller, W. (Hg.): Normenbegründung - Normendurchsetzung, Paderborn 1978
- Oikos (Hg.): "Sustainable Development", Nachhaltiges Wirtschaften in Markt und Demokratie-Tagungsband der 5. Oikos-Konferenz vom 25-27.6.1992 in St. Gallen
- Olsson, M.; D. Piekenbrock: 'Nachhaltigkeit', in: Kompakt-Lexikon, Umwelt- und Wirtschaftspolitik, Bonn 1993, S. 211-212
- Osche, G.: Ökologie, Freiburg 1975³
- Osterloh, M.: Unternehmensethik und Unternehmenskultur, in: Steinmann/ Löhr (Hg.) 1989, S. 143-162
- Ott, K.: Ökologie und Ethik, Ein Versuch praktischer Philosophie, Tübingen 1994²
- Ott, K.: Fahrradbremse am Airbus?, Die Antworten der Ethik, in: Deutsches Institut für Fernstudienforschung an der Universität Tübingen (Hg.) 1994, S. 5/5-5/38
- Partridge, E. (ed.): Responsibilities to Future Generations, New York 1981
- Pearce, D.; E. Barbier; A. Markandya: Blueprint for a Green Economy, London 1989
- Pearce, D.; E. Barbier; A. Markandya: Sustainable Development, Economics and Environment in the Third World, Worcester 1990
- Pearce, D.W.: Sustainable Development and developing country economics, in: Turner (Hg.) 1993, S. 70-105

- Pearce, D.W.: Economics, equity and sustainable development, in: Futures, December 1988, S. 598-605
- Pelgrom de Haas, J.: Management-Philosophie im Spannungsfeld zwischen Ökologie und Ökonomie, Köln 1989
- Perrow, C.: Normale Katastrophen, Die unvermeidbaren Risiken der Großtechnik, Frankfurt am Main 1987
- Peters, H.P.: Durch Risikokommunikation zur Technikakzeptanz?, Die Konstruktion von Risiko"wirklichkeiten" durch Experten, Gegenexperten und Öffentlichkeit, in: Krüger/Russ-Mohl (Hg.) 1991, S. 11-66
- Pfriem, R.: Können Unternehmungen von der Natur lernen? Ein Begründungsversuch für Unternehmensethik aus der Sicht des ökologischen Diskurses, St. Gallen 1990
- Pfriem, R.: Nachhaltiges Wirtschaften im Markt und Demokratie, in: Oikos (Hg.) 1992, S. 14-17
- Pfriem, R. (Hg.): Ökologische Unternehmenspolitik, Frankfurt am Main 1986
- Pfriem, R. ; H. Hallay: Betriebliche Umweltpolitik braucht optimale Planung, in: Handelsblatt vom 23./24.11.1990, S. D6
- Pieper, A. (Hg.): Geschichte der neueren Ethik, Bd. 2: Gegenwart, Tübingen und Basel 1992
- Pieroth, E.; L. Wicke (Hg.): Chancen der Betriebe durch Umweltschutz, Freiburg 1988
- Pleil, G.J.: Öffentlichkeitsarbeit - ein Weg zum Unternehmenserfolg, Stuttgart 1977
- Priddat, B. P.; J. Meran; S. Zundel: Ökologische Ethik der Ökonomie?, Hamburg 1987
- Radermacher, W.: Nachhaltiges Einkommen, Gedanken zur Naturbewertung in der Umweltökonomischen Gesamtrechnung, in: Wirtschaft und Statistik 5/1993, S. 331-339
- Raffee, H.; F. Förster; W. Krupp: Marketing und unternehmerische Ökologieorientierung, in: Heinz (Hg.) 1988, S. 128-149
- Rat von Sachverständigen für Umweltfragen (Hg.): Umweltgutachten 1994, Stuttgart 1994
- Rawls, J.: Eine Theorie der Gerechtigkeit, Frankfurt am Main 1979
- Rebstock, W.: Unternehmensethik, Spardorf 1988
- Rehmann-Sutter, C.: Partizipative Risikopolitik, Opladen/Wiesbaden 1998
- Reiche, J.; G. Fülgraff: Eigenrechte der Natur und praktische Umweltpolitik - Ein Diskurs über anthropozentrische und ökozentrische Umweltethik, in: Zeitschrift für Umweltpolitik und Umweltrecht 3 (1987), S. 231-250
- Reineke, W.: Öffentlichkeitsarbeit im Wandel, in: PR-Magazin 1/1988, S. 25-28
- Reineke, W.; H. Eisle: Taschenbuch der Öffentlichkeitsarbeit, Heidelberg 1991
- Renn, O.: Risikowahrnehmung und Risikobewertung: Soziale Perzeption und gesellschaftliche Konflikte, in: Chakraborty/Yadigaroglu (Hg.) 1991, S. 06-1 bis 06-62
- Rich, A.: Wirtschaftsethik, Gütersloh 1984
- Riedel, M.: Norm und Werturteil, Grundprobleme der Ethik, Stuttgart 1979
- Röglin, H.C.; K. von Grebmer: Pharma Industrie und Öffentlichkeit, Ansätze zu einem neuen Kommunikationskonzept, Basel 1988
- Ronneberger, F.: Legitimation durch Information, Düsseldorf, Wien 1977
- Roth, K.; R. Sander (Hg.): Ökologische Reform der Wirtschaft, Programatik und Konzepte, Köln 1992
- Sachs, W. (Hg.): Der Planet als Patient, Über die Widersprüche globaler Umweltpolitik, Berlin 1994
- Sachsse, H.: Technik und Verantwortung, Probleme der Ethik im technischen Zeitalter, Freiburg 1972
- Schaefer, M.; W. Tischler: Ökologie, Stuttgart 1983²
- Schanne, M.: Bausteine zu einer Theorie der "Risiko-Kommunikation" in publizistischen Medien, in: Meier/Schanne (Hg.) 1996, S. 207-226

- Schanne, M.: Risiko, Kommunikation, "Risikokommunikation", in: Meier/Schanne (Hg.) 1996, S. 13-28
- Schanne, M.; W.A. Meier: Risiko-Kommunikation: Ergebnisse, in: Meier/Schanne (Hg.) 1996, S. 29-72
- Schauenburg, B. (Hg.): Wirtschaftsethik, Schnittstelle von Ökonomie und Wissenschaftstheorie, Wiesbaden 1991
- Schaufler, G.; B. Signitzer: Issues Management: Modewort oder neuer Weg in der PR?, Ein Begriff macht die Runde, in: PR Magazin 12/1990, S. 31-34
- Schicha, C.: Konzeptionen nachhaltiger Entwicklung - Analyse und Kritik (Forschungsbericht an die Volkswagen-Stiftung 1994)
- Schicha, C.: Lebenszusammenhänge kinderreicher Mütter, Individualisierungsprozesse in Partnerschaftsverläufen großer Familien, Frankfurt am Main 1996
- Schicha, C.: Risiko: Elektrosmog. Gesundheitliche Risiken durch elektrische und magnetische Felder?, in: Glasgow-Schicha u.a. (Hg.) 1997; S. 151-162
- Schierenbeck, H.: Grundzüge der Betriebswirtschaftslehre, München 1989¹⁰
- Schneidewind, U.: Mit COSY (Company oriented Sustainability) Unternehmen zur Nachhaltigkeit führen, IWÖ- Diskussionsbeitrag Nr. 15, St. Gallen 1994
- Schönwiese, C.-D.; Diekmann, B.: Der Treibhaus-Effekt, Der Mensch ändert das Klima, Reinbek 1991
- Schröder, M.: Sustainable Development - Handlungsmaßstab und Instrument zur Sicherung der Überlebensbedingungen künftiger Generationen? - Rechtswissenschaftliche Überlegungen -, in: Kastenholz/Erdmann/Wolff (Hg.) 1996, S. 157-172
- Schütz, H.; P. W. Wiedemann: Risikokommunikation als Aufklärung, in: Zeitschrift für Gesundheitswissenschaft 3, Beiheft 1997, S. 67-76
- Schweizerische Vereinigung für ökologisch bewußte Unternehmensführung (Hg.): Jahrestagung 1990, Schriftenreihe Ö.B.U./A.S.I.E.G.E. 3/1990, St. Gallen 1990
- Schwemmer, O.: Ökonomische Rationalität und praktische Vernunft oder: Kann man ethische Grundsätze zu Prinzipien ökonomischer Systeme machen?, St. Gallen 1985
- Seidel, E.; H. Menn: Ökologisch orientierte Betriebswirtschaft, Stuttgart u.a. 1988
- Seiffert, E.K.; Pfriem, R. (Hg.): Wirtschaftsethik und ökologische Wirtschaftsforschung, Stuttgart 1989
- Seiffert, E.K.: Wirtschaftsethik in ökologischer Absicht, Berlin 1987
- Senn, J. F.: Ökologie-orientierte Unternehmensführung, Frankfurt am Main 1986
- Simonis, U.E. (Hg.): Basiswissen Umweltpolitik, Berlin 1990²
- Simonis, U.E.: Globale Umweltprobleme und zukunftsfähige Entwicklung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B10/191 vom 1.3.1991, S. 3-13
- Simonis, U.E.: Ökologie, Politik und Wissenschaft: Drei grund-legende Fragen, in: Simonis 1990², S. 11-26
- Simonis, U.E. (Hg.): Lernen von der Umwelt - Lernen für die Umwelt, Berlin 1988
- Speck, J. (Hg.): Handbuch wissenschaftlicher Grundbegriffe, Band 1 (A-F), Göttingen 1980
- SPIEGEL-Verlag Rudolf Augstein (Hg.): Die globale Revolution, Club of Rome - Bericht 1991, Hamburg 1991
- Spitzley, T.: Schwächen in Hares Theorie der Willensschwäche, in: Fehige/Meggle (Hg.) 1995, Bd. 1, S. 282-297
- Stachowiak, H. (Hg.): Allgemeine Philosophie- Pragmatik, Bd.3, Hamburg 1988
- Stahl, K.: 'Sustainable Development' als öko-soziale Entwicklungsalternative?, in: Hein (Hg.) 1992², S. 467-494
- Stapf, I.: Die deutsche PR-Beratungsbranche - eine Systematisierung des Marktes, die Wettbewerbssituation und die Bedeutung der Branchenverbände DPRG und GPRA, in: PR-Magazin 6/1991, S. 37-48

- Steger, U.: Umweltmanagement - Erfahrungen und Instrumente einer umweltorientierten Unternehmensstrategie, Frankfurt am Main 1988
- Steger, U., M. Timmermann, M.: Mehr Ökologie durch Ökonomie, Berlin u.a. 1993
- Steger, U.: Umweltmanagement - Erfahrungen und Instrumente einer umweltorientierten Unternehmensstrategie, Frankfurt am Main 1988
- Steger, U. (Hg.): Unternehmensethik, Frankfurt am Main 1992
- Steinmann, H.; A. Löhr (Hg.): Unternehmensethik - eine realistische Idee, in: Schmalenbachs Zeitschrift für betriebswirtschaftliche Forschung 40, 4/1989, S. 299-317
- Steinmann, H.; B. Oppenrieder: Brauchen wir eine Unternehmensethik?, in: Die Betriebswirtschaft 45, 2/1985, S. 170-184
- Stitzel, M.: Ökologische Ethik und wirtschaftliches Handeln, in: Schauenburg (Hg.) 1991, S. 101-116
- Stockmann, R; W. Gaebe (Hg.): Hilft die Entwicklungshilfe langfristig?, Bestandsaufnahme zur Nachhaltigkeit von Entwicklungshilfeprojekten, Opladen 1993
- Strohm, H.: Politische Ökologie, Reinbek 1979
- Sturmka, D.: Gerechtigkeitsethik, in: Pieper (Hg.) 1992, S. 281-305
- Szyszka, P.: Anmerkungen zum Berufsbild "Öffentlichkeitsarbeit", in: Reineke/Eisle 1991, S. 21-24
- Thielemann, U.: Ökologische Ethik - An den Grenzen praktischer Vernunft, St. Gallen 1988
- Thielemann, U.: Risiko oder Gefahr?, Bedingungen des "Risiko-Dialogs" zwischen Unternehmung und Öffentlichkeit. Systemischer, moralischer oder nüchterner Blick auf die Unternehmung?, Hrsg. vom Institut für Wirtschaftsethik an der Hochschule St. Gallen 1989
- Timbergen, J.; R. Hueting: Bruttosozialprodukt und Marktpreise, Falsche Signale, die die Umweltverschmutzung kaschieren, in: Goodland/Daly/El Serafy/Droste (Hg.) 1992, S. 51-57
- Trepl, L.: Ökologie - eine grüne Leitwissenschaft?, in: Kursbuch 74/1983, S. 6-27
- Tugendhat, E.: Probleme der Ethik, Stuttgart 1984
- Uhlig, C.A.: Ökologische Krise und ökonomischer Prozeß, Disselhofen 1978
- Ulrich, H. (Hg.): Management Philosophie für die Zukunft, Stuttgart 1981
- Ulrich, P.: Lassen sich Ökonomie und Ökologie wirtschaftsethisch versöhnen?, in: Seifert/Pfriem (Hg.) 1989, S. 129-150
- Ulrich, P.: Wirtschaftsethik und Unternehmungsverfassung: Das Prinzip des unternehmungspolitischen Dialogs, in: H. Ulrich (Hg.) 1981, S. 57-78
- Umwelt und Prognose Institut Heidelberg e.V.: Ökologische und soziale Kosten in der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1989, Heidelberg 1991
- von Weizsäcker, E.U.: Entwicklung der Umweltpolitik in EG und Osteuropa- Schritte zu einer ökologischen Marktwirtschaft, in: Schweizerische Vereinigung für ökologisch bewußte Unternehmensführung (Hg.) 1990, S. 3-11
- von Weizsäcker, E.U.: Erdpolitik, Ökologische Realpolitik an der Schwelle zum Jahrhundert der Umwelt, Darmstadt 1990²
- Vorholz, F.: Die Last der Hedonisten, in: Die ZEIT vom 22.7.1994, S. 15-16
- Vornholz, G.: Die ökologischen Ziele im Sustainable Development-Konzept. Eine ökologisch tragfähige Entwicklung, in: Nutzinger (Hg.) 1995, S. 81-116
- Vornholz, G.: Zur Konzeption einer ökologisch tragfähigen Entwicklung, Marburg 1993
- Wachlin, K. D.; O. Renn: Verständigung, Reflexion, Gestaltung, Vermittlung, in: TA-Information 2/1998, S. 2-8
- Wagner, G. R. (Hg.): Unternehmung und ökologische Umwelt, München 1990
- Walletschek, H.: 'Nachhaltigkeit', in: Walletschek/Graw (Hg.) 1990², S. 177
- Walletschek, H.; Graw, J. (Hg.): Öko-Lexikon, Stichworte und Zusammenhänge, München 1990²

- Walletschek, H.; Graw, J.: Ökologie und Umwelt, in: Walletschek/Graw (Hg.) 1990², S. 33-56
- Weber, J.: Die Erde ist nicht untertan, Grundrechte der Natur, Frankfurt am Main 1993²
- Wicke, L.: Die ökologischen Milliarden. Das kostet die Umwelt - So können wir sie retten, München 1986
- Wiedemann, P.M; B. Rohrman; H. Jungermann: Das Forschungsgebiet "Risiko-Kommunikation", in: Jungermann/Rohrman/Wiedemann (Hg.) 1990, S. 1-9
- Willms, B.: Normenbegründung und Politik, in: Oelmüller (Hg.) 1979, S. 175-201
- Windsberger, J.: Das Prinzip der Wirtschaftlichkeit versus das Prinzip der Verantwortung, Fürth 1990
- Winter, G.: Das umweltbewußte Unternehmen, München 1993⁵
- Witzenzellner, C.: Ethik: Auf der Suche nach einem ruhigen Gewissen, in: Management Wissen 12/1988, S. 52-65
- Worldwatch Institute Report: Zur Lage in der Welt 1988/89, Frankfurt am Main 1988
- Worldwatch Institute Report: Zur Lage in der Welt 1991/92, Frankfurt am Main 1991
- Worster, D.: Auf schwankendem Boden. Zum Begriffswirrwarr um nachhaltige Entwicklung, in: W. Sachs (Hg.) 1994, S. 93-112
- Wörz, M.; P. Dingwerth; R. Öhlschläger (Hg.): Moral als Kapital, Perspektiven des Dialogs zwischen Wirtschaft und Ethik, Stuttgart 1990
- Wulf, W.: Mehr Risiko!, in: Königswieser/Maas u.a. (Hg.) 1996, S. 199-214
- Ziegler, A.: Unternehmensethik - schöne Worte oder dringende Notwendigkeit?, St. Gallen 1987
- Zimmerli, W.Ch.: Normativität des Gewesenen im Wandel der Wertbeziehungen. Zum Zusammenhang von Genese und Normen in der Normenlegitimation, in: Oelmüller (Hg.) 1979, S. 202-219